



Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich bei 1000 2 RM (halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, ohne Zustellungsgebühr / Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft m.b.H. Dresden-11 / Geschäftsstelle u. Erledigung: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postleitzettel: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgeellschaft / Schriftleitung: Dresden-11, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Alm Dresden Nr. 17250 / Druckaufsicht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Einzelpreis: Die neumal gesetzte Nonpareilleiste oder deren Raum 0,10 RM. für Familienmitglieder 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreisprachigen Teil einer Tafel 1,50 RM. Einzelne Abnahmen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-11, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 11. Oktober 1927

Nummer 238

Streifrechtstraub

Neue Streikverbote in Berlin und Chemnitz, Androhung schwerer Geldstrafen für die Gewerkschaften und kämpfenden Arbeiter / Die Berliner Hochbahner und Holzarbeiter im Lohnkampf / Kommunistischer Wahlerfolg in Łódź

Die Justiz sichert den Profit

Berlin, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das Arbeitsgericht Berlin hat im Auftrage der Unternehmer im Puhertreit folgende schamlose Verfügung erlassen: „Der Deutsche Baugewerksbund wird durch Verfügung beauftragt, den Streik der Puhet aufzuheben. Für jeden Tag, den länger gestreikt wird, zahlt der Baugewerksbund 1000 Mark und jeder Puhet 10 Mark Geldstrafe.“

In immer schärferer und provokatorischer Weise wird der Angriff der Klassenjustiz auf das Streikrecht der Arbeiter fortgesetzt. Konform mit der Ausbürgerungspolitik der Bürgerblöcke regiert geht der Vorstoß der Klassenjustiz, die sich schägend vor die Kapitalisten stellt. Dieses Urteil, das sich würdig an die Verkündigungen im Hamburger und Leipziger Legitärbeiterstreik anschließt, wird noch bestätigt durch die am Sonnabend im Chemnitzer Zimmerstreik erlassene Verfügung, auf die wir weiter unten noch Bezug nehmen.

Mit diesem Urteil wird praktisch den Gewerkschaften jede Möglichkeit der Unterstützung eines Lohns- oder Arbeitskampfes genommen. Mit dem Urteil, das jeden Arbeiter bei Fortführung des Streiks mit schwerer Geldstrafe bedroht, sollen die Arbeiter eingeschüchtert werden. Vorher droht die Klassenjustiz nur mit Geldstrafe, und es ist nur noch ein kleiner Schritt, bis die „republikanische“ Justiz der Hindenburg-Republik nach dem Vorbild Mussolinis die Arbeiter mit Zuchthaus und schwerestem Terror niederkämpft. Praktisch ist mit diesen Urteilen, die von den deutschen Klassegerichten „im Namen des Volkes“ verkündet werden, das von Baldwin verkündete Antistrikeg gegen die englischen Arbeiter in die Tat umgesetzt und Mussolinis Magna Charta in Anwendung gebracht.

Dieser freche Vorstoß der Klassenjustiz ist der folgerichtige Schritt der in Deutschland immer mehr eskalierenden Reaktion, die jede soziale Regung der Arbeiter für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung mit allen Mitteln zu erstickten versucht. Wenn aber Gerichtsurteile und Geldstrafen nicht ausreichen, den Kampfmitteln der Arbeiter zu brechen, wird die Hindenburgrepublik nicht davor zurücktreten, unter Anwendung und Einschaltung aller staatlichen Wachtmittel mit schärfstem Terror den deutschen Arbeitern den „sozialen Inhalt“ der schwarzo-trotz-goldenen Republik zu demonstrieren.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis der in Deutschland seit neun Jahren betriebenen Arbeitsgemeinschaftspolitik der SPD und Gewerkschaftsführer, die auch jetzt ohne Zweifel zu den hässlichen Gerichtsurteilen jene Stellung einnehmen werden, die Leipzig mit den Worten zum Ausdruck brachte: „Gesetz im Rechtsstaat müssen beachtet werden!“ Die Ablehnung und Sabotage jedes revolutionären Kampfes gegen das Unternehmertum und die kapitalistische Staatsgewalt, die Politik der Wirtschaftsdemokratie und des parlamentarischen Aukthandels zeigt jetzt den Arbeitern das praktische Ergebnis.

So wie in Berlin, so auch in Sachsen. Auch in Chemnitz hat die Klassenjustiz gegen kämpfende Arbeiter einen neuen Schiedspruch gefällt. Im Chemnitzer Zimmerstreik hatten die Unternehmer durch den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe beim Arbeitsgericht Chemnitz gegen den Zentralverband der Zimmerer den Erlass einer „einstweiligen Verfügung“ beantragt, um die Streikenden auf die Knie zu zwingen. Das Arbeitsgericht lehnte damals den Erlass einer solchen Verfügung mit der Begründung ab, die Zimmerer würden sich ja sowieso nicht an eine solche Verfügung halten. Die Unternehmer erhoben darauf Beschwerde beim Landesarbeitsgericht. Die Verhandlungen darüber fanden am Sonnabend statt. Nach mehrstündiger Beratung verkündete das Landesarbeitsgericht folgenden Beschluss:

Auf Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Arbeitsgerichts Chemnitz vom 27. September 1927 wird unter Aushebung dieses Beschlusses kraft einstweiliger Verfügung angeordnet:

Dem Antragsteller wird unter Androhung von Geldstrafe oder Haftstrafe in der gleichen zulässigen Höhe für jeden Fall der Zwiderhandlung und für die Dauer des zwischen den Parteien geltenden Reichsmantelarbeitsvertrages vom 30. März 1927 und des Lohn- und Arbeitsvertrages vom 14. Juli 1927

a) aufgegeben:

1. den seit dem 15. September 1927 ausgebrochenen und unter seiner Leitung stehenden Streik seiner Verbandsmitglieder wieder aufzuheben;

2. die bestehende Streikleitung aufzulösen und der Bildung einer etwaigen neuen aus den Kreisen der Betriebsmitglieder mit allen geeigneten Mitteln entgegen zu wirken;

b) verboten:

1. neue Streiks, Teilstreiks oder irgendwelche anderen Kampfmittnahmen zu befehlchen, zu erzielen oder dabei mitzuwirken, durch welche die Erzielung höherer Löhne erzielt werden soll, als sie im Lohn- und Arbeitsvertrag für das Betriebsvertragsjahr festgestellt waren vom 14. Juli 1927 geregelt worden sind;
2. die dem genannten Tarifvertrag unterworfenen Arbeitnehmer in irgendwelcher Form zu unterstellen, falls sie entgegen den Bestimmungen des genannten Tarifvertrages Kampfmittnahmen irgendwelcher Art zur Erzielung höherer Löhne feststellen oder neu eröffnen.

Die Kosten des Verfahrens hat der Antragsteller zu tragen.

Das Landesarbeitsgericht ist der Forderung des Unternehmerverbandes restlos nachgekommen. Mit welcher Freiheit die Unternehmerverbände vorgehen, zeigen die Ausführungen des Unternehmerjuristus Dr. Lehmann, der am Schlusse der Begründung des Antrages der Unternehmer folgenden Antrag stellte:

Verbot der Eröffnung weiterer Kampfmittnahmen, Aufhebung aller Streiks, Verbot des Streitpotentaten, Verbot der Behindierung Arbeitsswilliger, Verbot des Abtriebens kreisender Firmen an andere Firmen, Verbot jeder Maßnahmen zur Erzielung höherer Löhne bis zum 31. März 1928, Nulllösung der Streikleitung, Verhinderung der Bildung einer neuen Streikleitung mit allen Mitteln, Verbot der Auszahlung jeglicher Unterstützung, sofortige Verweizung der Streikenden an die Arbeitstellen, Tragung der Kosten.

Es bedarf seines Wortes mehr. Für jeden Arbeiter ist es ohne weiteres klar, daß diese Gerichtsurteile den vollständigen Raub des Streikrechts bedeuten. Die ungeheure Nationallösungsgewinne sollen nicht angetastet und die mit verdecktem Zoll- und Mietwuchs eingeführte Ausbürgerungspolitik mit Niederhaltung und Senkung der Löhne fortgesetzt werden.

Nach dem bisherigen Verhalten der reformistischen Führer ist mit absoluter Sicherheit anzunehmen, daß sie auch jetzt bereit sind, sich den Schandurteilen zu unterwerfen und damit die ureigsten Aufgaben der Arbeiterorganisation verfliegen und vollständig preisgeben. Das Ausweichen vor einem ernsthaften Kampf gegen die mit den Unternehmern Hand in Hand arbeitende Klassenjustiz, die Unterwerfung unter diese Gerichtsurteile bedeutet aber nicht nur einen offenen Verrat an den Arbeiterinteressen, führt nicht nur dazu, daß die Unternehmer ihre Pläne mit Unterstützung der Reformisten durchzuführen vermögen, sondern hat auch eine noch größere und gefährlichere Wirkung, nämlich die Demoralisierung der breiten Arbeitermassen zur Folge, die dann, mit Ebbiterung und Ekel erfüllt, niedergeschlagen die Organisation verlassen und damit, wenn auch ungewollt, ihrer eigenen Klasse großen Schaden zufügen.

In Erkenntnis dieser Lage ist es die Aufgabe aller unterer Genossen, alle Kräfte für die Mobilisierung der Arbeiter zum Kampf um Lohn und Brot und Arbeitszeit zu sammeln, in den Gewerkschaften und Betrieben den Widerstand gegen den ungeheuren Anstieg der Klassenjustiz zu organisieren und durch geschlossenen Willen aller freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Reformisten zu ermöglichen, durch Kapitulation vor den frechen Angriffen der Unternehmer und der Klassenjustiz einen neuen Verrat an den Arbeitern zu vollziehen.

Streik der Berliner Hochbahner

Berlin, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Ab heute früh 5 Uhr streiken die Berliner Hochbahner. Die gestern unter dem Verlehr-, und technischen Personal vorgenommene Urabstimmung über den erbärmlichen Schiedspruch, der die Festlegung des 9-Stunden-Tages vorsieht, die geforderte Erhöhung des Krankenlohns ablehnt, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Von 5105 Gestädtigten beteiligten sich 5015 an der Abstimmung, 4428 stimmten für den Streik und 571 für Annahme. Die notwendige Dreiviertelmehrheit ist damit weit überschritten. Eine gestern stattgefundene Funktionärsversammlung beschloß ebenfalls mit 106 gegen 4 Stimmen die Ablehnung des Schiedspruches. Die Straßenbahner, deren Kampf vor einigen Tagen durch Verbindlichkeitserklärung des schamlosen Schiedspruches abgemildert worden ist, werden aufgelöst, keinen Streik durch verhüllten Straßenbahnerstreik gegenüber den Hochbahnen zu lassen.

Die Wahlen in Hamburg und Königsberg

Von Ernst Meyer (Berlin).

xx. Die Wahlen im Staat Hamburg und die Kommunalwahlen in Königsberg am 9. Oktober zeigen, wie dies bereits 14 Tage vorher bei den Kommunalwahlen in den preußischen Vororten Hamburg zu erkennen war, daß eine erhebliche Umgruppierung in dem Städteverhältnis der Parteien infolge der Bürgerblöcke eingetreten ist. Schon bei den Kommunalwahlen in Altona und Umgebung konnten die Kommunisten fast den Stand vom Mai 1924, den Hochstand der Parlamentswahl der KPD, erreichen. Bei den Wahlen in Hamburg und Königsberg konnte dieser Höchstand sogar übertroffen werden. Bei den Wahlen in Hamburg haben die Kommunisten im Vergleich zu den letzten Bürgerhauswahlen im Oktober 1924 einen Zuwachs von über 20000 Stimmen, nämlich von rund 78500 auf rund 111300 zu verzeichnen. In Königsberg liegt die Zahl der kommunistischen Stimmen von rund 23800 Stimmen auf rund 20000. Somit hat erneut allen Voraussetzungen des Bürgerblöcks und der Sozialdemokratie und trotz einer unerhörten harten Kampagne der Kommunistischen Partei den höchsten Stand ihrer Ziffern, den sie jemals erreicht hatte, noch überschritten.

Aber diese Wahlen brachten für die KPD nicht nur große Erfolge, sondern sind überhaupt ein wichtiges Symptom des veränderten Kräfteverhältnisses zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie und von Verhältnissen des Städteverhältnisses der Parteien sowohl innerhalb der Bourgeoisie, wie innerhalb des Proletariats.

Der Bürgerblock, der im Januar d. J. unter Entlastung einer besonderen Initiative des Reichspräsidenten Hindenburg zustande kam, hat durch seine fehlerhafte Politik in Zoll-, Steuer-, und Kulturrechten die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung aufgewühlt. Die Deutschen Nationalen, die als stärkste Oppositionspartei ihren Wählern die größten Verpflichtungen gemacht hatten, enttäuschten jetzt durch ihre Regierungspolitik

breite Kreise ihrer Anhängerchaft. In Königsberg z. B. hatten sie bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 fast 29000 Stimmen erhalten. Bei den letzten Kommunalwahlen dagegen brachten sie es nicht einmal auf volle 12000 Stimmen. Bei der Reichspräsidentenwahl vereinigten die Hindenburgparteien rund 85000 in Königsberg auf sich. Bei den diesjährigen Kommunalwahlen haben sie nur rund 50000 Stimmen erhalten. Das beweist, wie stark die Enttäuschung über die Politik des Bürgerblöcks nicht nur in den Kreisen des Proletariats, sondern in der gesamten werktätigen Bevölkerung, einschließlich des Kleinbürgertums, ist. In Hamburg verloren die Hindenburgparteien 5 Mandate, während SPD und KPD 13 Mandate gewannen.

Das Kleinbürgertum hat keinerlei Vertrauen zu der Bürgerlichen Opposition, wie sie von der Demokratischen Partei gegen den Bürgerblock vertreten wird. In Hamburg verloren die Demokraten gegenüber der leichten Stadtverordnetenwahl vom Oktober 1924 5 Mandate; in Königsberg sind die Demokraten gegenüber dem Dezember 1924 fast auf die Hälfte zurückgegangen.

Die Enttäuschung der werktätigen Bevölkerung drückt sich aus in einer starken Zunahme der Stimmen der SPD und der KPD. In Hamburg liegt die Stimmenzahl der SPD gegenüber dem Mai 1924 von rund 162000 Stimmen auf rund 249200 Stimmen, in Königsberg von rund 13400 Stimmen im Mai 1924 auf rund 25000 Stimmen am 9. Oktober d. J. Die SPD hat aber in Königsberg nicht den Stand vom Dezember 1924 und vom November 1925 halten können, wo sie mehr als 27000 Stimmen erhielt. In Hamburg dagegen hat auch die SPD gegenüber dem Herbst 1924, wo sie über 170000 Stimmen erhielt, noch einen erheblichen Zuwachs erreicht.

Woher kommt nun der Zuwachs sowohl der SPD wie der KPD? Während die SPD Stimmen erhielt, die früher für kleinbürgerliche Parteien abgegeben wurden, ist die KPD

Dresden

11. Oktober 1920: Unterzeichnung des russisch-polnischen Friedensvertrages in Riga. — 1924: Russenführer Josta vor Polizeibeamten gefangen.

Auch eine Kundgebung!

Der deutsch-nationalen Lehrerbund veranstaltete am 8. Oktober jährlich seiner Bundestagung eine Kundgebung für den Reichsschulgesetzentwurf. Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über die Ausmührung oder über die Kurzfristigkeit dieses Klüppchens, das im ganzen Reichsgebiet kaum 100 Mitglieder aufzuweisen hat. Durch großen Aufwand an Geld — woher mag es stammen? — und durch das Aufgebot nüchterner Freunde glauben diese Leute über die Tatfrage hinwegzusehen zu können, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen Lehrervertretung, nämlich die 150 000 Mitglieder des Deutschen Lehrervereins, sich einmütig gegen den Entwurf aussprochen haben. Freilich die Reaktion hat es nötig, sich zu rühmen, zumal in Dresden, wo eine Reihe machtvoller Kundgebungen den Reichsschulgesetzentwurf abgelehnt haben. Besonders unangenehm mag den schwanzblauen Brüdern die Veranstellung des Dresdner Lehrervereins gewesen sein, die vor der breitseitigen Dörflichkeit in drei gedrängt gefüllten Sälen verzeichnet hat, daß die Gegner des Keudellschen Entwurfs von den äußersten Linien bis in weite Kreise des Bürgertums reichten. Innenminister Keudell selbst mußte herbeigerufen werden, um diesen fatalen Eindruck zu verwischen. Doch zu oft geschieht, dass die deutsch-nationalen Bündler und die christlichen Elternvereine, aus denen sich im wesentlichen die Zusammensetzung zusammensetzte, das brennende Feuer der öffentlichen Kraft. Nur gegen Ausweltarie wurde der Eintritt gestattet. Der Saal prangte natürlich im Schmuck schwarz-weiß-roter Fahnen. Die anwesenden „unpolitischen“ christlichen Elternvereine schienen das aber für ganz selbstverständlich zu halten. Es erblühtet sich, viel über den Inhalt der Reden zu sagen, auch die Reichstagsabgeordnete Schulze und ein Fräulein Studentin Sachse für den Reichsschulgesetzentwurf zu werben und zu zahlen. Sie strotzten von Unzulänglichkeiten und waren Meisterstücke der Verdrehungskunst. Mit leicht zu durchschauenden Mitteln suchten sie die harmlosen Gemüter der Zuhörer einzusingen, was ihnen anscheinend auch gelang. Hauptsächlich ist zweifelhaft, ob sie jener daheim bei ruhiger Besinnung hinter die haarschärfende Unlogik der Beweisführung gekommen. Charakteristisch für den Reichstagsabgeordneten Schulze, der Lehre ist, war es, daß er sich dazu hergab, seinen Standesgenossen in den Rücken zu fallen und die Hand zu binden zu ihrer Verfolgung. Eine Enttäuschung bedeutete für die meisten der Anhänger des Reichsministers von Keudell. Er rebellierte und lachte nichts, aber auch gar nichts, und ließ den Zuhörern nur zu hören, daß die Regierung die armen unterdrückten katholischen Eltern im schlimmen Sachsen nicht vergessen werde. Das brachte ihm den Zorn ein: „Aber Worte halten!“ Man kann doch allmählich zu begreifen, was von deutsch-nationalen Predigungen zu halten ist. Das interessanteste Bild: Der Innenminister der deutschen Republik stand am mit Schwarz-Weiß-Roter Fahne geschmückten Rednerpult. Das ist von symbolischer Bedeutung auch für den Reichsschulgesetzentwurf. Ausführung der Reichsverfassung soll er bringen Rückschauend ist zu sagen: Die ganze Verfassung stand auf einem beschämend niedrigen Niveau, doppelt beschämend für die, die so viel Beifall klatschten.

Bürgermeisterwahl in Dresden

In der Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, 13. Oktober, soll die Wahl eines 2. Bürgermeisters vorgenommen werden. Die Bürgerlichen haben seinerzeit die Vertragung dieser Wahl gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten durchgebracht, um ihren Kandidaten, Stadtrat Köppen, durchzubringen. Sie verfolgten dabei die Absicht, die Wahl des 2. Bürgermeisters mit der Wiederwahl des jetzigen 2. Bürgermeisters Niessche, dessen Amtszeit am 31. Oktober abläuft, zu verknüpfen. Die Dresdner Wähler haben alle Ursache, die Verhandlungen über diese Wahl mit größtem Interesse zu verfolgen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir darauf aufmerksam machen, daß seit Ende September die Zuhörertribüne im Sitzungssaal vergrößert worden ist und demzufolge auch mehr Karten für die Tribünenbesucher zur Verfügung stehen.

Berufungsverhandlung gegen Dr. Wilhelm Kaufmann.

In der Strafsache gegen den Kaufmann Dr. Paul Wilhelm Kaufmann in Dresden, wegen Konkursvergehens und Betruges im Radetz der Sächsischen Staatsbank, ist auf die von dem Angeklagten und der Staatsanwaltschaft gegen das am 29. d. J. eingezogene Schöffengericht Dresden ergangene Urteil eingezogene Berufung Berufungsgerichtshauptverhandlungstermin vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Dresden auf den 20. Oktober 1927, 9 Uhr, anberaumt worden. Die Verhandlung findet im Schwurgerichtssaal statt und wird vorläufig am 21. und 22. Oktober fortgesetzt werden.

Die Arbeiter-Esperanto-Gruppe Dresden veranstaltet wieder Lehrgänge im Volkshaus, Ritterbergstraße. Der nächste Abend findet Mittwoch den 12. Oktober, 19.30 Uhr, statt. Lehrer Höfer behandelt „Lingraj demandos“. Gäste herzlich willkommen.

Wichtig! Rundfunkhören! Die Ortsgruppe Dresden des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands veranstaltet am Sonntag, dem 23. Oktober im Volkswohnhaus Erianon, Trabautengasse, im Rahmen eines Oktoberfestes am Dresdner Sender der 2. Rundfunkanstalt eine Herbstvergnügen. Wie bei allen anderen Veranstaltungen des Vereins ist auch diesmal ein vorzügliches Programm zusammengelegt worden. Namhafte Künstler des Dresdner Senders, u. a. Wanda Schnitzing und Hugo Böhm, sowie das Dresdner Rundfunkorchester unter Leitung von Gustav Kraut, wirkten mit. Neben einem heiteren Konzert mit anschließendem Ball bringt eine große Tombola viele Überreicherungen: es ist dabei Gelegenheit geboten, Lautsprecher und andere, dem Volk nützliche Gegenstände zu gewinnen. Alle Darbietungen werden auch durch Lautsprecher auf die Nebenräume übertragen. Karten zum Preise von 1.— Mark einzeln. Taxis in der Geschäftsstelle des Arbeiter-Radio-Bundes, Große Weltkugelstraße 9 sowie in den Radiogeschäften.

Arbeiter-Radio-Bund Freital. In einer am 3. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung ist beschlossen worden die Vereinsabende in Zukunft alle 14 Tage stattfinden zu lassen und zwar jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats. 20 Uhr im Steiger, und zwar ist da ein Vortrag über Batterien und ihre Behandlung, gehalten vom Kunz und Münkel, vor-

Zur Grundsteinlegung des Hygiene-Museums

Die Rezepte der kapitalistischen Gesellschaft zur Hebung der Volksgesundheit in Deutschland sind: Errichtung von Museen, Reichsgesundheitswoche und schöne Reden. Das ist die offizielle Sozialfürsorge von den Leuten, die nicht vom sozialen Streben heraus, sondern aus kapitalistischen Erwägungen die Politik betreiben. Was will die kapitalistische Gesellschaft damit erreichen? Wollen sie den Erwerbslosen, Invaliden und Kriegsflüchtlingen praktische Hilfe bringen? Soll dadurch eine Sicherung eines gesunden Nachwuchses geschaffen werden? Davon kann in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht im entferntesten die Rede sein.

Tatjachen sprechen!

Die offizielle Wohlfahrtsfürsorge mutet noch heute den Sozialempfängern zu, wöchentlich mit folgender Lebensmittelration auszukommen: 3000 Gramm Brot, 125 Gr. Gemüse, 4500 Gr. Kartoffeln, 250 Gr. Fett oder Margarine, 150 Gr. Marmelade, 375 Gr. Fleisch, 250 Gr. Heringe, 150 Gr. Zucker, 500 Gr. Mehl oder Haferflocken, 125 Gr. Kaffee-Eis, ½ Liter Milch (!).

Außer den hier vorgeschriebenen Lebensmitteln erhält ein Sozialempfänger pro Woche 80 Pf. (!) für besondere Ausgaben. Dafür soll er sich alle fehlenden Bedarfsteile, wie Seife, Zahnbürste, Schuhcreme, Gewürze, Obst, Wurst und anderes kaufen. Daß dazu die 80 Pf. nicht ausreichen, bedarf weiter keiner Begründung. Wie soll sich denn ein solcher Sozialempfänger eine neue Kleider-, Schuh-, Hands-, Schuhs- und Zahnbürste, ein Scheurkästchen oder Fensterleider kaufen können, was er doch sehr notwendig braucht zur Reinhal tung des Körpers, der Kleidung und der Wohnung? Wenn alle solche Bedarfsgegenstände fehlen, was nützen dann hygienische Ratshläge und Rezepte, die nicht durchgeführt werden können?

Kann sich eine Person mit obenstehenden Lebensmitteln gesund erhalten? Kann dann von einer Sicherung eines gesunden Nachwuchses und einer praktischen Hilfe für die Sozialempfänger gesprochen werden?

Genau so ergeht es den Erwerbslosen und Invaliden. Hinzu kommt, daß Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland infolge der niedrigen Löhne sich nicht ausreichend ernähren und kleiden können, und daß auch denen alle hygienischen Ratshläge nichts nutzen.

Ständiges Steigen der Unfälle!

Durch das Antreibersystem werden jährlich Hunderttausende von Arbeitern Invaliden. Vorbeugende Maßnahmen gegen den Raubbau an der Arbeitstruktur, gegen Gesundheitsschädigungen und Unfälle empfindet aber das Kapital als üble Zweckmäßigkeit, von der man nur sehr beschränkt Gebrauch macht. Zum Beweis wollen wir nur einige Zahlen anführen. Allein der Bergbau erfordert durchschnittlich täglich 5 Tote und 170 Verletzte. Nach der amtlichen Unfallstatistik haben wir

im Jahre 1924: 645 974 Unfälle,

im Jahre 1925: 863 502 Unfälle.

Also in einem Jahre ist die Zahl der Verunglücksfälle gesiegen um 217 528. Von den 863 502 Verunglücksfällen im Jahre 1925 erhielten nur 107 517 Rente. In diesem Zusammenhang wollen wir nicht unerwähnt lassen die Form, wie erstmals die Rente festgelegt wird, und wie man dann kein Mittel unterlädt, die festgelegten Renten wieder zu kürzen oder vollständig abzubauen.

Die Kosten für die Invalidenversicherung sind aber durch Beiträge der Arbeitern vollständig aufgebildet worden durch dauernde Erhöhung der Beiträge. Zahlt ein Arbeiter im Jahre 1913 bei einem Wochenverdienst von 30 M. 48 Pf. Beitrag zur Invalidenversicherung, so muß

er bei gleichem Lohn jetzt 1,80 M. zahlen. Die Leistungen sind bei weitem nicht im gleichen Maße erhöht worden.

Jetzt ist außer der Invalidenversicherung noch die Erwerbslosenversicherung eingeführt. Dadurch ist bei einem erheblichen Teil der Erwerbslosen die wöchentliche Unterstützung abgebaut worden. Ein Arbeiter, bei einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 30 M., erhält für sich und seine Frau pro Woche 12,15 M. Erwerbslosenunterstützung. Wie sollen diese Personen sich ausreichend ernähren, Kleiden und außerdem alle hygienischen Ratshläge befolgen können?

Wohnungen tun not!

Wie sollen die 1 Million 700 000 Wohnungslosen und die in kleinen und Kellerwohnungen zusammengepferchten Proletarier die hygienischen Ratshläge durchführen? Aufgabe des Reiches und des Staates wäre es in allererster Linie, hier dringend Abhilfe zu schaffen. Was macht man anstatt dessen? Man erhöht die Mieten und die Mietzinsteuer, um den Wohnungsbau aber kümmert man sich so gut wie gar nicht. Von den 51 Prozent Mietzinsteuer sollen nur 30 Prozent zum Wohnungsbau verwendet werden, das bedeutet, daß nach einer Ausschaltung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums Sachens die Möglichkeit besteht, daß in einer ganzen Reihe von Gemeinden und Städten die Wohnungsnos in vielleicht 10, 12, ja sogar 17 Jahren erst beseitigt ist!

Wir wollen noch kurz erwähnen die mangelnde und unzureichende Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge und des Säuglings- und Kinderbetreuung. Auch hier kann nicht gesprochen werden von der Sicherung eines gesunden Nachwuchses. Das Kinderspiel, ich kann kein Kind ernähren und kleiden, ich habe kein Heim für mein Kind, peinigt zahllose Frauen, zwinge sie, den Mutterinstinkt zu ersticken, die Sehnsucht nach einem Kinde unter Duldung körperlicher Qual und seelischer Pein unbefriedigt zu lassen.

Die kapitalistische Sozialpolitik funktioniert im Rahmen der bestehenden Gesellschaft ebenso wie das „Rote Kreuz“ im militärischen System des Kriegsapparates. Das Kapital verwendet Unzummen von Intelligenz, Arbeitskraft, Geld und Material auf das Hervorbringen von immer raffinierteren Worts- und Zerstörungsinstrumenten. Für soziale Aufgaben sind keine Gelder vorhanden.

Soziale Fürsorge, Sozialpolitik muß von den Werktagen erklungen werden! Freiwillig ist noch nie etwas den Werktagen gegeben worden. Dies gilt es besonders jetzt, wo man mit der Grundsteinlegung zum Hygienemuseum so großen Lärm schlägt. Gewiß können die Museen der Menschheit große Dienste leisten, aber nur wenn man auch im praktischen Leben an die Durchführung der wirtschaftlich gewonnenen Lehren geht. Das aber will die beständige Kluft nicht. Ihr kommt es darauf an, mit prunkenden Palästen, großen Feierlichkeiten und schönen Reden dem arbeitenden Volk einzureden, daß alles, was menschlich möglich, getan werde! Betrug ist es, was man an den Arbeitern begeht! Charakteristisch für den Geist derer, die diesen Rummel initiierten, ist, daß an der Grundsteinlegung der Monarchist und Reichsinnenminister von Keudell teilnehmen sollte. Selbstverständlich, daß bei dem „feierlichen Akt“ das Deutschlandland gelungen wurde. Durch solchen Rummel lassen sich die Arbeiter nicht mehr betrügen, sie wissen, praktische Sozialpolitik, d. h. die Erhöhung der Löhne, der Bau großer gesunder Wohnungen, die Einführung des Achtfertentages, das sind Machtfragen! Einen ernsthaften Kampf für diese Dinge führen allein nur die Kommunisten!

Verhindern, jeden Zuschlag, da er nur die Besitzlosen betrifft, abzulehnen. Sie meinen nämlich, daß sich die Arbeiterschaft mit Erfolg von ihrer Politik abwenden und will nun auf diese Art und Weise auf Stimmenfang gehen. Die Aufsichtsbehörde hatte sich endlich bereit, auf unsere Beschwerde betreffs Entschlüsselung des Dorfsteuers uns zu bescheiden. Selbst die Bürgerlichen müssten zugeben, daß der Besitz auch von der Aufsichtsbehörde losgelöst in Schutz genommen wird. Unsere Fraktion war mit diesem Bescheid seinesfalls einverstanden und fordert weitere Schritte zur Bekämpfung dieses Übels zu unternehmen. Wollten doch zum Teil die Bürgerlichen die Schuld auf die Gemeinde legen und so den Schlammelbetrüger in Schutz nehmen. Da unsere Genossen in einer vorhergegangenen Sitzung beim Gemeinderat vortrugen, ließ selbige diesmal auch ihre Kanone verhindern, jeden Zuschlag, da er nur die Besitzlosen betrifft, abzulehnen. Sie meinen nämlich, daß sich die Arbeiterschaft mit Erfolg von ihrer Politik abwenden und will nun auf diese Art und Weise auf Stimmenfang gehen. Die Aufsichtsbehörde hatte sich endlich bereit, auf unsere Beschwerde betreffs Entschlüsselung des Dorfsteuers uns zu bescheiden. Selbst die Bürgerlichen müssten zugeben, daß der Besitz auch von der Aufsichtsbehörde losgelöst in Schutz genommen wird. Unsere Fraktion war mit diesem Bescheid seinesfalls einverstanden und fordert weitere Schritte zur Bekämpfung dieses Übels zu unternehmen. Wollten doch zum Teil die Bürgerlichen die Schuld auf die Gemeinde legen und so den Schlammelbetrüger in Schutz nehmen. Da unsere Genossen in einer vorhergegangenen Sitzung beim Gemeinderat vortrugen, ließ selbige diesmal auch ihre Kanone

Erhöhung der Gemeindezuschläge?

Laußnitz. Die Amtshauptmannschaft forderte von den Gemeindeverordneten in einer Versammlung betreffs Lastenausgleich Erhöhung der Gemeindezuschläge bis zur äußersten Grenze auf alle Steuern, die von der Gemeinde mit Gemeindesteuerzuschlägen bedacht werden können. Das hiervon nur die arbeitende Schicht in Mitleidenschaft gezogen wird, steht fest, hat doch das Finanzamt den großen Grundbesitz schon von vornherein selbst mit ihrer geradezu lächerlich niedrigen Steuerentlastung von Steuerbezahler ausgeschaltet. War die SPD bisher immer für Gemeindezuschläge eingetreten, und uns, wohl wie jegliche Zuschläge ablehnen, Stimmenfang und Begünstigung des Grundbesitzes vorworf, ließ selbige diesmal auch ihre Kanone

Die Kirche in der Sowjetunion



Eine Dorfkirche, die von der Bevölkerung in einen Club verwandelt wurde. Da der Sowjetstaat für die Kirche keinen Pfennig ausgibt, so gibt die Frömmigkeit der Bauern, die nun die Kirche selbst aushalten müssen zunehmend nach.

In Deutschland — Konkordat! In Sowjetrußland — Betreibung vom Bann der Kirche!

Radeberg. Die Jugendweihe 1928 findet Sonntag den 27. März statt. Sie wird wieder in zwei Abteilungen im Festsaal des Realgymnasiums abgehalten werden. Bissher sind etwa 50 Kinder angemeldet worden. Der Vorberichtsunterricht beginnt gleich nach Ende der Weihnachtsferien. Weitere Anmeldungen nimmt die Buchhandlung Menzel, Röderstraße, entgegen.

Rundfunk

Mittwoch den 12. Oktober:

- 17—17.40 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle.
- 17.40—17.55 Uhr: Sinfonieorchester Gotthold Schütter: „Zum 250. Geburtstage Johann Georg Erhard.“ (Seine soziale und pädagogische Bedeutung.)
- 18—18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin.
- 18—18.30 Uhr: Studientrat Herbert Müller: Technischer Lehrgang für Facharbeiter; Konstruktionselemente.
- 18.30—18.55 Uhr: Lettor El. Grander und G. van Escheren: Französisch für Anfänger.
- 19—19.30 Uhr: Vortragsserie: „Vom Weizen der Lichtwirtschaft.“ 3. Vortrag. Dipl.-Ing. Schneider: „Lichttechnik.“
- 19.30—20 Uhr: Prof. Dr. Curt Müller-Böblau: „Die Laufbahn und Leute.“
- 20 Uhr: Weitererausgabe Zeitangabe und Arbeitsmarktblätter des sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.
- 20.15 Uhr: Lausitzer Mundartabend

Aus der Oberlausitz

Der Hindenburgrummel und das Bauzner Tageblatt

Ob, ja allzu oft beteuerte die Redaktion des Bauzner Tageblatts, daß sie in ihrer Zeitung eine einseitige Stellungnahme zu politischen Fragen ablehnt. Am lautesten heulte die Presse, als man ihren würdigen Redakteur Hermann Röde auf einem Rollwagen durch die Stadt fuhr, daß es sich nicht gegen die Arbeiter gewendet hätte. Und nun? In der Nr. 233 dieses Blattes vom 5. Oktober finden wir auf der ersten Hauptblattseite in großen Buchstaben den Satz:

"Von radikale Gemeinheiten."

Um das wahre Gesicht der Revolution des B. T. der Arbeiterschaft aufzugeben, muß auf diesen Artikel näher eingegangen werden. Der Artikel beginnt: "Nachdem der Hindenburgtag verklungen ist, läßt es sich nicht umgehen, einmal in aller Offenheit der ganzen Deffentlichkeit zu zeigen, wo der wahre Feind des deutschen Vaterlandes ist." Dass damit nicht die Großhändler, Hörerjobber und ähnliches Gelichter gemeint sind, wird bald jedem klar sein. Auch Frankreich und England, das Gott strafen sollte, sind von der Liste der "wahren Feinde" gestrichen. "In seltener Einheit hat das deutsche Volk den Hindenburgtag gefeiert..." heißt es weiter. Nun, Herr Röde hat vielleicht noch nichts von Gegen-demonstrationen gehört, vielleicht auch davon nichts, daß erst das Verbot der Arbeiterversammlungen diese "seltene Einheit" geschaffen hat. Dann verzerrt dieses Blatt weiter, daß selbst "ein sozialistische Blätter" Seinen Geburtstag bewirkt hätten, um den "alten Herrn" ein paar Badspiele zu verleben! Ja, die Wahrheit über ihn hört man freilich nicht gern, weil sie eben der Arbeiterschaft innewohnt.

Es ist notwendig, der breiten Deffentlichkeit diese Gemeinheiten vor Augen zu führen, denn der normale Verstand des Deutschen reicht weiß Gott nicht aus, um so etwas für möglich zu halten."

Und warum warf sich das B. T. in den Hornisch? Nun, der Montag Morgen hatte geschrieben:

"Die Studenten der ältesten Kriegszeit mit zerhackten Kreuzen und aufgepumpten Schädeln haben ihren großen Tag. Gänstliche Kriegervereine demonstrierten im Paradesmarsch. Aufgewirbelte Worte; Zylinder und Mottenkraut. Die ganze Nation tolte sich in Verein... aus."

Hierzu reichte der normale Verstand nicht aus — aber in vielen anderen Fällen reichte er aus, z. B. die Verurteilung des Geistesweg Hölz zum Tode für eine Tat, die er gar nicht begangen hatte, den Freispruch des schuldbeobachten Ludendorff im Hitlerprozeß, den Freispruch der Arbeitermörder von Mechtersleben hielt er für möglich.

Dann zetzt das B. T., daß die linsradikalen Blätter nicht in die seltene Einheitsfront eingeschworen sind. Und die ganze "Gemeinheit" ist eben nur das, weil sich die linsradikalen Blätter für diejenigen "alten Herrn" und seine schwarz-weiß-roten und schwarz-roten-gelben Anhänger nicht begeistern können, und weil die klassenbewußte Arbeiterschaft vor dem "alten Herrn" nicht im Staande lag. Dann heißt es:

"Wir begnügen uns damit, ein mal in aller Deutlichkeit den Beweis zu erbringen, was wir zu erwarten haben, wenn wir uns nicht zu einer gemeinsamen Front gegen den Bolschewismus zusammenschließen. Und an diesem Islamenschluss können und müssen sich alle vernünftigen Elemente der Sozialdemokratie beteiligen, so weit ihnen daran gelegen ist, das deutsche Land vor der völligen Zerstörung zu bewahren."

Damit schwent das Bauzner Tageblatt offen in die Reihen der Anti-Arbeiterfront ein und versucht gleichzeitig, einen Teil der Arbeiterschaft mitzureißen. Die "vernünftigen Elemente", wie Herr Kraut von der USPD und seine Freunde, werden sich befeißen, diesem Aufruhr zu folgen. Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird auf diese Einheitsfront phöhnen. Für sie sind die Klassengenossen unüberbrückbar. Jede Vorausforderung ist ein Teil des Klassenkampfes in seiner schlimmsten Auswirkung. Die da heute um jeden Pfennig erbittert ringen, sollen morgen in einer Front stehen? Nein, das kann nicht sein! Der Arbeiter, der keinen Zusatz Boden sein eigen nennt, hat keinen Grund, dem "alten Herrn" als seinem Retter zuzuhören. Er hat weiter nichts zu verlieren als seine Ketten, und die hat der "alte Herr" schließlich doch gereitet, denn die Ausbeutung ist heute toller denn je.

Jeder klassenbewußte Arbeiter wird erkennen, daß das Vorreden des B. T. für ihn einen Schlag ins Gesicht bedeutet. Er muß weiterhin erkennen, daß diese Presse niemals seine Interessen vertreten wird, obwohl sie hauptsächlich durch Arbeiterpfennige hochgehalten wird. Das B. T. ist offen in die Reihen der schwärzesten Reaktionäre übergegangen. Die Arbeiterschaft kann nur eine Antwort darauf geben: Hinaus mit dieser Zeitung aus der Arbeiterwohnung! Hier mit dem Blatt, welches jederzeit die Interessen der Arbeiterschaft vertritt! Los! die Arbeitersstimme!

Der rote Teufel.

Ausgestogene Einheitsfront der vaterländischen Verbände und des Reichsbanners

Böhmisch-Schlesien. Einige Tagesordnungspunkte der letzten Stadtverordnetenversammlung verdienen besondere Beachtung der Arbeiterschaft. Wie lief der Hindenburg-Rummel in die Glieder der vaterländischen Organisationen und in die des Reichsbanners gefahren ist, zeigt folgender Sachverhalt: Seit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten haben die vaterländischen Verbände ihr Herz der Republik zugewandt. Die Geburtstagsfeier Hindenburgs gab diesen "Tapferen" Gelegenheit, ihre Treue zu dem monarchistischen Feldmarschall Hindenburg in der Weise zu bestunden, daß man von der Stadtgemeinde einen Platz für einen Gedenkstein forderte. Bei dem Reichsbanner wurde der Gedanke an den früheren Reichspräsidenten Ebert nicht der Vergessenheit preisgegeben, geboren, und man forderte in einem Antrag einen gleichen Platz für einen Ebert-Gedenkstein. Mit beiden Anträgen hatte sich der Vorstand des Wirtschaftsausschusses mit dem Ergebnis beider Organisationen gerecht zu machen. Um dieses Ziel sicher zu erreichen, hatten Vorbesprechungen stattgefunden, über beide Anträge gemeinsam abzustimmen. Boller, Zuverlaß, betrat die Stadtverordneten der SPD den Sitzungssaal. Unter Genosse B. stellte zunächst die Anfrage, welche Vereine sich hinter dem Vereinigten nationalsozialistischen Verbund hielten. In der Antwort wurde mitgeteilt, daß sich in dem Verein neben dem Krieger- und Militärveteranen der Stahlhelm und Jungdo befinden. Nach kurzer Auseinandersetzung stellte unser Genosse den wahren Charakter des Stahlhelms in den Vordergrund. Er bedauerte zunächst vom Standpunkt des Arbeiterverteilers die im Allgemeinen gescheiterte Einheitsfront zwischen Reichsbanner einerseits und Stahlhelm und Jungdo anderseits. Weiter wies unser Genosse auf die vor wenigen Monaten erfolgte Niederschlagung von 7 Reichsbanner-

arbeitern und Notenfrontkämpfern in Berlin hin. Noch täglich seien Übergriffe und Mordefälle durch Stahlhelmlisten im Reiche zu verzeichnen. Diese Ausführungen lösten großen Sturm unter den Stadtverordneten aus. Die heftigen Auseinandersetzungen hatten zur Folge, daß die rechte Seite getrennte Abstimmung über beide Anträge verlangte. Eine Unterbrechung der Sitzung und Beratung der einzelnen Fraktionen brachte keine Rendierung. Bei der Abstimmung zeigte sich die Vereinigung für einen Hindenburg-Gedenkstein, wie ihn die Vereinigten nationalsozialistischen Verbände gefordert hatten, und die Abstimmung des Antrages für einen Ebert-Gedenkstein, wie ihn die SPD vertreten hat. Über dieses Ergebnis versiegt die SPD in nie gefallene Wutausbrüche. Erregte Pläne und Schamlosigkeit wurden den bürgerlichen Vertretern durch die sonst zahmen Sozialdemokraten entgegengeschleudert. Wie überraschend Padel deckte die SPD-Fraktion ihren Rückzug mit Bitten für die Anerkennung des verhinderten ehemaligen Reichspräsidenten Ebert, der es verstanden habe, das deutsche Volk, besonders das Bürgertum, aus der kritischen Lage der Nachkriegszeit zu befreien. Arbeiter, erkennt daraus, daß nur die Kommunistische Partei ihren klaren Weg mit Erfolg beschritten hat, und daß es keine Gemeinschaft gibt mit der kapitalistischen Klasse und ihrer Trabanten. Schafft die Rote Klassenfront und stützt die revolutionäre Bewegung. Werdet Leiter der Arbeiterschaft! Denn nur diese vertritt die Interessen aller Unterdrückten.

Böhmisch-Schlesien. (Spinalne Kinderlähmung.) Wie gemeldet wird, erleidet hier ein 18jähriges Dienstmädchen an spinaler Kinderlähmung. Die Erkrankte wurde dem Bauzner Stadtstrahlenhaus zugeführt. Im Bauzner Bezirk sind nunmehr insgesamt vier Personen an der spinalen Kinderlähmung erkrankt.

Proletarische Frauen und Mädchen Ostlauiens!

Schon immer war es der Wunsch der Arbeiterinnen Ostlauiens, daß an den Kuhlanddelegationen auch eine Frau beteiligt sein soll. Bisher war es infolge der besonderen Verhältnisse nicht möglich, eine solche Beteiligung zu erreichen. Nunmehr fährt anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Sowjetrepublik eine deutsche Frauendelegation nach Rußland. Die Mitglieder derselben werden die Möglichkeit haben, in Verbindung mit ihrer Berufsvorstellungen die entsprechenden Betriebe zu besichtigen, das Organisationsleben der Werkstätigen Russlands kennenzulernen, um so einen Einblick in die besonderen Verhältnisse der arbeitenden Frauen und Mädchen Russlands zu gewinnen.

Obwohl diese Frauendelegation im Reichsministerium nur aus 10 Arbeiterinnen besteht, ist diesmal Ostlauien mit daran beteiligt. Von der Belegschaft des Betriebes Jaschinski in Dresden wurde eine Kollegin in Vorbericht gebracht, der dann in einer gutbeleuchteten Betriebsversammlung gegen 2 Stimmen bestätigt wurde. Diese Kollegin, die Baderin Frieda Krumbreich, ist am Freitag, dem 7. Oktober abgefahren und befindet sich zurzeit auf der Reise nach Russland.

Zur die proletarische Frauenbewegung in Ostlauien wird es von besonderem Vorteil sein, wenn eine parteilose Arbeiterin über ihre Eindrücke in Sowjetrußland berichten wird. Die Kollegin Krumbreich wird gern bereit sein, in Gewerkschafts- oder Betriebsversammlungen, sowie auch in anderen Arbeiterinnenzusammenkünften Bericht zu erstatten. Die Organisationen oder Betriebe, die auf eine solche Berichterstattung reagieren, wollen rechtzeitig Mitteilung an die untenstehende Adresse geben.

Einheitskomitee für Frauendelegation nach Sowjetrußland, i. V. Else Grölich, Dresden-A, Piethnauerstr. 73, 4. Stock.

Arbeiter Sport

Der Hochsprung

Krd. Wer kann sich einen Hochsprung mit Anlauf über zwei Meter vorstellen? Wohl kaum jemand. Und doch hat es Menschen, Sporler gegeben, die durch ihre vollständig ausgebildete Technik und natürliche Veranlagung diese Höhe überbrücken haben. Allerdings waren es keine Menschen, die im harten Produktionsprozeß standen. 204 Meter steht der Weltrekord, nur einmal und nie wieder erreicht.

Der Hochsprung ist eine der leichtathletischen Übungen, die bei ihrer Ausführung nicht nur vollständige Konzentration aller Muskeln und Sehnen voraussetzt, sondern eine ebensolche des Geistes bedingt. Im Wechsel der Jahre hat sich unter den verschiedenen möglichen Ausführungsarten der amerikanische Scherenprung als der ergiebigste erwiesen. Außerdem kennt man noch den Turner- oder Hochsprung mit geradem Anlauf, den



Recklersprung, den schottischen und den Wanda- oder Horaine-Sprung (benannt nach dem amerikanischen Senator Horaine). Beim Scherenprung und den drei anderen Arten geschieht der Anlauf seitlich in einem spitzen Winkel zum Sprunggerüste. Dem kurzen präzisen Anlauf kommt der Sprung, in dem alle Kraft gelegt sein muß. Die Beine riedern energisch nach vorne, und der übrige Körper wirkt sich in wohlrechter Lage über die Latte. Darin beruhen die unbedeutenden Vorteile dieser Methoden. Der Hochsprung ist anstrengender als irgendeine andere Art des Springens, da er ja in dem Bemühen den ganzen Körper über die Latte zu bringen noch zahlreiche andere Muskelgruppen in Bewegung setzt, nicht nur die der Beine.

Nur eine angeborene Veranlagung befähigt zu Sprüngen über das Maß der eigenen Körperlänge. Bei guter Veranlagung der Technik bietet ein guter Hochsprung einen ähnlich erzielbaren Genuss. Unsere jüngsten Leistungsbilanzen werden die Wintermonate nicht ohne intensives Leben derseit dieser Spieldays betrachten lassen um mit nächstjährigen Meisterschaften hier mit guten Leistungen aufzutreten zu können.

Große Einwohnerversammlung gegen den Fleiß!

Fuldechenwur

Seiffenheimsdorf. Am 8. Oktober fand in Seiffenheimsdorf im Hotel Kreishaus eine gutbesuchte, von der Gemeinde einberufene Einwohnerversammlung gegen den geplanten Reichsholzgelehrtenwurf statt. Referent war der Lehrer Wieder, Dresden. Er weigte den Anwesenden die Gefahren, welche der Gesetzesentwurf für die aufzuhaltende Schule im allgemeinen und für die Gemeinden in finanzieller Hinsicht bringt. In der Debatte sprachen sich Oberlehrer Zeise und Rehne, sowie Schulleiter Engelmann gegen diesen Entwurf aus. Letzterer gab eine interessante Aufstellung über die Auswirkung dieses Gesetzes in unserer Gemeinde zum besten. In unserem Orte sind 715 Schul Kinder, welche in 27 Klassen bei 22 Lehrkräften in eine achtstufige allgemeine Regelschule gehen. Nach dem Gesetz wären eine zweistufige wettliche Schule, eine achtstufige Feuerwehrschule und eine achtstufige Gemeinschaftsschule nötig, dazu kommt noch die räumliche Ausdehnung unseres Ortes in Betracht. Man könnte dann nicht mehr wie jetzt auf die Kinder Rücksicht nehmen in bezug auf den Schulweg. Nachdem sich noch die Lehrerchaft darüber beschwerte, daß verschiedene Berichterstatter der politischen Zeitungen sie als tüftig bezeichnet haben, wird folgender Antrag einstimmig angenommen: "Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, gegen den geplanten Reichsholzgelehrtenwurf bei der Reichsregierung den schriftlichen Protest einzulegen."

Heute die Feuerschuhsteuer

Rosenaus. Am Freitag den 30. September fand eine von der KPD-Ortsgruppe einberufene Einwohnerversammlung statt, die von 200 Personen besucht war. Es wurde Stellung genommen gegen die am 1. August in Kraft getretene Feuerschuhsteuer die eine erneute Belastung der unteren Volkschichten darstellt. Die Zusammenfassung der Beratung ergab, daß ein großer Teil aus kleineren Gewerbetreibenden und Hausbesitzern bestand. Der Aufrufer an die Stadtverordneten waren nur zwei SPDe gefolgt, während die bürgerlichen es vorzogen, einer Vorsteher des "Reiters" im Hotei, beizuhören. Ginoße Kenner gehielten in seinem Referat die Steuerpolitik der Bürgerklandregierung und kennzeichneten die innen- und außenpolitische Lage. Dabei konnte man feststellen, daß, als der Hindenburgrummel mit gestreift wurde, Teilnehmer der Versammlung es vorzogen, zu verschwinden. In der Diskussion unterstützten mit Ausnahme der beiden SPDe-Berührer die Redner die Ausführungen des Referenten. Als der SPDe-Macher sprach, legten sämtliche Zwischenrufe ein, die zu erkennen geben, daß eine starke Opposition in der SPD vorhanden ist. Der zweite SPDe-Berührer, Mühl, verteidigte in seinen Ausführungen die Feuerschuhsteuer. Er erklärte, daß die Steuer nur für Feuerwehrwiede Verwendung finde, die Stadt müsse neue Steuern erheben, um den Haushaltplan im Gleichgewicht zu halten! Dann schwärmte er vom "roten russischen Imperialismus" und versuchte eine Kommunistenrede. Man konnte feststellen, daß die SPD anfangt, zu wanzen. Wir werden unsere zielklare revolutionäre Arbeit fortführen, um den Mitgliedern der SPD zu zeigen, daß es nur möglich ist, mit der KPD zu kämpfen. Der Antrag um Aufhebung der Steuer, der dem Stadtverordnetenkollegium vorgelegt, fand einstimmige Annahme.

Omnibusverkehr.

Schnitz. In laufender Woche will die Reichspolizei in unserer Stadt einen Kriegs Omnibusverkehr eröffnen. Der Betrieb soll durch die ganze Stadt bis zur Landesgrenze durchgeführt werden. Diese Einrichtung wird in allen Volkschichten freudig begrüßt.

Die spinale Kinderlähmung.

Punzenau. Hier ist ein neuer Fall von spinaler Kinderlähmung bei einem dreijährigen Kind vorgekommen, somit innerhalb von 11 Tagen der dritte Krankheitsschlag.

Herbstwaldlauf in Dresden

Im Herbst Dresden findet am 16. Oktober der alljährliche Herbstwaldlauf in der Oberschlesier Heide statt. Das Meldeergebnis weist die gärtliche Zahl von 650 Sporten und Sportlerinnen auf (420 Männer, 175 Frauen und 55 Kinder). Als Gäste nehmen 10 Berliner Sportler teil. Das wunderbare Bergige und sandige Gelände stellt an die Läufer hohe körperliche Anforderungen. Um greifbare Resultate über die Gewinnungsmöglichkeit sowie überprüft aber die Eignung der Sportler zu finden, werden vier Sportler zu Voraus- und Untersuchung herangezogen. Ibd.

Preisausschreiben!

Zschopau. Im sächsischen Arbeiterport Nr. 4; vom 10. Oktober 1926 ist folgendes Preisausschreiben für ein Plakat für das 3. jährliche Arbeiter Turn- und Sportfest 1928 zu lesen:

Ein kunstlerisches Plakat, ein, zwei oder dreifarbig, Größe 60 mal 84 Centimeter, Hochformat soll angefertigt werden. Alunjere Gemessen, die im Umrissen von Plakaten die erordneten Talente bezeichnen, ergeben das Erwarten, Entwürfe, die dem Charakter des Festes entsprechen, die zum 1. Dezember 1927 eingehen. Text: 3. jährliches Arbeiter-Turn- und Sportfest in Dresden — 20. bis 22. Juli 1928 — und einen angemessenen Aufzug, der nur wenige Worte umfassen darf. Der Aufzug ist nicht unbedingt erforderlich. An Preisen werden ausgeworfen: 75, 50, 25 Mark und mehrere Trostpreise. Entwürfe sind mit Kennwort zu versehen. Die Namen sowie die genauen Adressen der Entwerfer sind in einem verschlossenen, mit Kennwort verklebten Kuvert beizugeben. Die Entwürfe sind zu adressieren: An den Preisausschreiber für das 3. jährliche Arbeiter-Turn- und Sportfest, der A. Wettnerplatz 10 (Wettnerstelle des Sächsischen Arbeiterports). Alle Entwürfe, die einen Preis erhalten, werden vierzig Prozent des genannten Preisausschusses. Ibd.

3. Gruppe (Heide). Beitragsabgabe Brauenturnen, nächste Übungsstunde am 20. Oktober in der Turnhalle Weizendorf.

Beitrag Überlaufsch

Vgl. 1. Löbau beschloß die Runde mit einem 6:2-Sieg über Doberschau 1. Löbau mit 10:10. Auf beiden Seiten gute Leistungen — Reichlich hoch mit 2 legte Jitzau 1. Die Bauzner Jitzau ist in Hochform und ließ sie ein glänzendes Spiel. Böhmisch-Schlesien vertrat — Im Spiele Reichenau 1. Reingersdorf 1. w. Reingersdorf der Gluckner, 1. dem 3:0 überraschend gewannen. Das Spiel wurde abgebrochen, wie oben.

Im Gesellschaftsspiel konnte Reitersdorf 1 einen 4:0-Sieg gegen Reichenau 1. abrufen.

Altan, 1. Bautzen 2:0. — Reichenau 1. Jagd - Riesa 1:0. — Jagd - 1. Die anderen Resultate werden nach gemeldet

Ergebnisliste der 3. Runde

	Spiele gespielt	unentschieden	verloren	gewonnen
1. Löbau	2	10	1	4:2
2. Jitzau	2	8	2	2:2
3. Bauzner Jitzau	2	6	6	18:6
4. Weizendorf	2	5	7	26:25
5. Farau	2	3	4	22:12
6. Reichenau	2	2	7	25:18
7. Reingersdorf	2	2	7	13:14
				7:17
				21:43
				6

neindien, wenn auf dem Wege der Herrschaft der Arbeiter
der Imperialismus besiegt wird. Um dieser Ge-
genströmung zu entsagen, will die Bourgeoisie ein Kompromiß mit
dem Imperialismus, verfolgt sie die revolutionären Arbeiter
kämpfen. Der weiße Terror soll die politischen und wirt-
schaftlichen Ziele der Bourgeoisie sichern. Durch ihren Kampf
um das revolutionäre Proletariat zeigt sie offen, daß die
Bourgeoisie ins Lager des Imperialismus überge-
gangen ist. Diese Entwicklung der Ereignisse ist der beste An-
spruchunterricht für die werktätigen Massen Chinas. Unter
Führung der Kommunistischen Partei organisiert sich in China
die Arbeiterschaft, Bauern und kleinen Handwerker gegen
den Imperialismus, gegen die feudalistischen Elemente und
die einheimische Bourgeoisie. Nicht am Ende, sondern an
einem entscheidenden Wendepunkt steht die Chi-
neise Revolution. Sie dur läuft die Phase der Ummwandlung
der bürgerlich-demokratischen Revolution in den Kampf um
die Herrschaft.

V. Die Politik des Bürgerblode.

Die Stabilisierung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft im letzten halben Jahr weitere Fortschritte gemacht und die Fortdauer der prozentual höheren Erwerbslosigkeit in Friedenszeiten trotz der gegenwärtigen Konjunktur wichtigen Industrien, der Schwarze Freitag an den die Polarisität der Handelsbilanz usw., neue Symptome, die Relativität dieser Stabilisierung kennzeichnen und vielleicht eine neue Krise und revolutionäre Zuspitzungen bringen. Die relative Stabilisierung des Kapitalismus hat die politische Stellung des Finanzkapitals gegen die ihren Ausdruck in der Festigung der Herrschaft des Finanzkonzerns findet. Der leitende Gesichtspunkt der Politik der Finanzkonzerns ist die Stärkung des neudeutschen Imperialismus mit allen Mitteln der Innen- und Außenpolitik.

8 Durch seine Innenpolitik versucht der Bürgerblock den Imperialismus zu stärken durch die Steigerung der Produktion, durch die Erhöhung der Ausfuhr, durch die Konzentration des Kapitals, durch härtere Monopolbildung, um die Herausdrängung des kleinenbürgerlichen Einflusses im sozialen und politischen Leben, vor allem aber durch die auf ihreset werdende Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft. Das kommt zum Ausdruck in der Erhöhung der Löhne und Richten, der Senkung des Reallohnes, der Schließung und der Antijustiz. Diese Wirtschafts- und Politik des Bürgerblocks führt zu immer tieferer Knechtung des Proletariats, zur Verringerung des Arbeiterschutzes, zur Leistung und neuen Steuerlasten, zur Belastung der werktätigen Mittelschichten. Zugleich führt sie die Justizregierung gegen die arbeitenden Massen, insbesondere deren revolutionäre Organisationen, die SPD und KPD, den brutalsten Terror mit Hilfe ihrer Justiz- und Polizeibehörden durch.

* Die Außenpolitik des Bürgerblocks wird gekennzeichnet durch die seit 1918 von allen deutschen Regierungen geübte Friedenspolitik und durch ihr fortlaufendes Lavieren zwischen den imperialistischen Mächten, um die Fesseln des Vertrages von Versailles und des Dawes-Pattes zu lockern und abzustreifen. (Territorialräumung, Ausdehnung der Ostgrenzen, Gewinnung neuer Kolonien, militärische Aufzehrung). Obgleich sich deutsche Bourgeoisie für den imperialistischen Westen und die proletarische Sowjetunion durch den Eintritt in den Weltkrieg entschieden hat, sucht sie durch die verschiedenen Formen der offiziellen Regierungspolitik den Anschein zu verschaffen, als ob Deutschland nach Osten und Westen gleich frei gewesen wäre. Diese Außenpolitik, für die Stresemann verantwortlich verhaftet, findet die Unterstützung von den Deutschen bis zu den Sozialdemokraten.

Die reaktionäre Politik des Bürgerblocks ist nur möglich, weil er die direkten und indirekten Unterstützungen durch die Bourgeoisie erhält. Über ihre arbeiterfeindliche Wirtschafts- und Staatspolitik versucht die SPD durch Scheinopposition unter der Bürgerblockregierung hinwegzutäuschen, mit dem Ziel, die kapitalistische Stabilisierung dabei nicht zu verlieren. Diese Politik wird sich heute noch aus in einer Ver-

der sozialdemokratischen Einflusses auf kleinbürgerliche Kreise. In konsequenter Durchführung der Kieler Parteitagslinie, die die positive Mitwirkung an der Festigung der deutschen Republik fordert, ordnet sich die Sozialdemokratie nicht in den bürgerlichen Staatsapparat ein. Sie glaubt das Klassenverhältnis der Klassen mit Hilfe des Stimmzettels ändern zu können und verhindert bewusst unter Hinweis auf nahen Reichstagswahlen jede revolutionäre Kampfmaßnahme gegen den Bürgerblock. Diese Politik der SPD, die einzige durchgeführt wird von Hilferding bis Levi und Edel, ist proletarischen Elementen innerhalb der SPD immer nur Bewegtheit bringen, daß die SPD eine bürgerliche Partei ist. Von der SPD und der richtigen Anwendung des sozialdemokratischen Prinzips wird die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der SPD und die Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von der SPD abhängen.

11. In der gleichen Weise wie im Reich ist in Sachsen die
soziale Entwicklung fortgeschritten. Die Festigung des
Bürgerblocks kommt zum Ausdruck durch die Regierungsbildung
der Deutschnationalen. Die sächsische Regierung ist
aber als ein ausführendes Organ der sächsischen Interessen.
Durch die Beseitigung des Achtstundentages und der
Vereinigung der Löhne in den staatlichen Werken hat sie den
Unternehmern den Weg zu den gleichen Maßnahmen in den
betrieblichen gegeben. Den Unternehmern hat sie die Steuerreform
gezeigt, dem gegenüber durch die Mietserhöhungen die drei
Städte belastet. Sie hat der Zollpolitik der Reichsregierung
gegenüber und sie unterstützt die Verpfaffung und Zerschlagung
der Gewerkschaften. Die Bürgerblockregierung in Sachsen von den
Deutschnationalen bis zur USP ist nur möglich, weil die USP
unter und Mäntionäre von den Sozialdemokraten nicht nur
am Seidenspinnerei, sondern in den Gewerkschaften sogar unterstützt
werden. Mit Hilfe des Gewerkschaftsapparates haben die USP
aber noch immer die Möglichkeit, die Gewerkschaftsmitglieder
zu beeinflussen und damit ihre politischen Positionen zu halten
in ihnen um so leichter möglich, weil sich die Politik der
Gewerkschaftsführer im Wesen nicht von der Gewerkschaftspolitik
der USP unterscheidet. Wie im Reich hat die
Sozialdemokratie gegenüber der Bürgerblockpolitik nur
eine Kompromisslösung getrieben. Selbst gegen die reaktionärsten
Aktionen der Heldtregierung hat die Sozialdemokratie keine
parlamentarischen Aktionen organisiert, sondern im Gegen-
satz zu Berlin und den anderen Städten gegen den Bürgerblock herzustellen, auf das schärfste
Kampf. Die sächsischen sozialdemokratischen Führer haben die
Politik in ihren Reihen durch linke Phrasen irregeführt
und so der Kiel Parteitag wurde mit einer Fülle radikal-
sozialer Redenarten vorbereitet. In Kiel haben sich die
Führer gänzlich der Politik des Parteivorsitzendes ein-
gestellt. Sie wirken seit Kiel mit allen Kräften dahin, die
sozialdemokratischen Arbeiter von der Richtigkeit der kapitalistischen
Staats- und Wirtschaftspolitik zu überzeugen.

... und Wirtschaftspolitik der SPD zu überzeugen. Einfluss mit dem arbeiterfeindlichen Verhalten des Parteivorsitzers hat die östfälische Führung der Sozialdemokratie genommen, um die von Edel zur Beruhigung der Mitglieder ausrief verlangte „außerparlamentarische Aktion“ zur Tatenlosigkeit zu lösen. Im Gegenteil. Während der Bewegung der Arbeiter im Hochwassergebiet während des Streiks der Teufelsbauer in Oelsnitz benützte die USV-Gewerkschaftsbürokratie die sogenannte „linke“ östfälische SPD-Presse als Aussageringseinheit für Aufsätze, in denen die kämpfenden Arbeiter beschimpft wurden. Die Edel, Arzt, Wedel und Co. haben es abgelehnt, zur Erhörung der Opfer der Wasser-Juli-Katastrophe und als Protest gegen die Altenhofsjustiz in Österreich und Deutschland die von der KPD vorgeschlagenen Friedenskämpfer für Arbeitsruhe durchzuführen. Angelehnt haben diese Führer zu Zeiten von Sacco und Vanzetti zu keiner Zeit dieser sozialen Kämpfe.

Reichsschulgesetz zu zerplittern, hat diese offizielle Führungs-
d. SPD die Beteiligung am Oktokartell der steigenden Ver-
bände abgelehnt. Die Beihilfe, den „Kampf“ gegen das Reichs-
schulgesetz selbständig zu führen, ist ein Suchen nach einem Aus-
weg für ein Kompromiß mit dem Zenitum oder zur Annahme
nichtshagender „Verbesserungs“-Anträge, um dem Reichsschulgesetz
entwurzeln zu stimmen.

Das vollständige Eintragen der jährlichen Führung des SPD in die USP-Politik des Parteivorstandes wird durch verstärkte Kommunistenhefe vor den eigenen Mitgliedern zu verschleiern gesucht. Das Unwahnen der Opposition in der SPD versucht der Bezirksvorstand der SPD durch Zwangsmahnungen (Verbot der Teilnahme an der Rußlanddelegation usw.) zu unterbinden.

V. Stand der Arbeit im Begriff.

13. Seit dem letzten Bezirksparteitag im Februar d. J. hat die östländische Parteiorganisation in richtiger Anwendung des Einheitsfrontkampfes zur Lösung der Missionen von der Sozialdemokratie und zur Gewinnung für den revolutionären Klassenkampf gegen den Bürgerblock eine Reihe Erfolge erzielt. Insbesondere in der Metallindustrie und in den städtischen Werken gelang es durch die Arbeit unserer Mitglieder zwangsweise soziale Lohnforderungen beizubringen zu lassen, die in den funktionsärztlichen und Mitgliederversammlungen der Verbände fast einstimmig angenommen wurde. Es gelang der Partei durch ihre Propaganda, die Mitgliederzahl und den Einfluss der mit der Partei sympathisierenden Organisationen (RFB, RFWB, RFT, usw.) zu steigern. In der Gewerkschaftsarbeit zeigten sie bei den Wahlen zu den Verbandstagungen der Steinarbeiter, der Bauarbeiter, der Brauerei- und Lebensmittelarbeiter und in der „Denoag“ durch die Wahl kommunistischer Delegierter nennenswerte Erfolge. Rennenswert sind auch die Erfolge, die im Litaturvertrieb bei der Wahl der dritten Arbeiterdelegation nach



Sowjetrepublik und bei der Unterschriftenkampagne für die Sympathieadresse der Gruppe „Einheit“ an die Sowjetunion am Anlaß ihres 10jährigen Bestehens gemacht wurden. In politischer und organisatorischer Hinsicht hat die Parteiorganisation insbesondere in den Unterbezirken Dresden, Pirna und Zittau eine bessere Grundlage erhalten. Die Mai-, China- und Antikriegskundgebungen in Dresden verzeichneten eine stärkere Teilnahme, auch außerhalb der Partei stehender Massen und sozialdemokratischer Arbeiter und Funktionäre. Ein voller Erfolg für die Sache des revolutionären Proletariats war das Rot-Sachentreffen in Dresden, an dem sich tausende sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter mit beteiligten. Die Erhöhung der Zahl der Mitglieder und der Leser der Arbeiterstimme im letzten Jahre zeigen günstige Entwicklungsmöglichkeiten in Österreich.

14. Mängel und Fehler haben sich bei der Durchführung der Arbeit der Partei insbesondere darin gezeigt, daß die unteren Parteorganisationen in nicht genügendem Maße auf die organisiatorischen Anweisungen und politischen Lösungen der Partei reagierten. Gefeht hat es auch an einer ausreichenden Kontrolle über die Durchführung der Parteiarbeit seitens der Beauftragten. immer ist noch eine Überbelädtung mit Arbeit eines Teiles unserer Funktionäre und der Parteimitglieder vorhanden, weil es die Partei noch nicht genügend versteht, ihre Aufgabe gründlich vorzubereiten und zur Durchführung der Parteiarbeit die aktive Mitwirkung der Mitglieder zu erzielen. In der Zusammenfassung und Schulung der kommunistischen Gemeindevertreter ist insbesondere im Unterbezirk Dresden nichts Durchgreifendes geschehen. Die Kompakts-Abteilung muß nach dem Bezirkstag eine Zusammenziehung erfahren, damit auf die wichtigsten Gebiete die Arbeit der Partei wesentlich verstärkt wird. Schwach ist die Arbeit der Partei unter den proletarischen Freidenkern, den Mieter- und Sportorganisationen, obwohl gerade in diesen überparteilichen Massenorganisationen für die Partei große Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind. Die Kundgebung für die Opfer der Wiener Juli-Kämpfe und zur Rettung von Sacco und Vanzetti sind im Bezirk von der Parteimitgliedschaft, insbesondere aber von den Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären ungenügend berücksichtigt und durchgeführt worden. Dasselbe Urteil muß abgegeben werden in bezug auf den Kampf unserer Gewerkschaftsfraktionen gegen die US-Minister und USP-Funktionäre in den Gewerkschaften. Bei diesen Fragen hat sich gezeigt daß die Parteimitglieder und -funktionäre passiv bleiben, weil sie nicht von vornherein die Sicherheit haben, daß ihre Lösungen von den Belegschaften bzw. den Gewerkschaftsmitgliedern verstanden werden und uneintrügliche Mehrheit finden. Diese Passivität der Parteimitgliedschaft muß bis zum nächsten Bezirkstage überwunden werden. Ein Kommunist muß überall, auch als einzelner und auch überall dort, wo der Einfluß der Reformisten stark ist als der unfrige, die politischen Fragen stellen und die Lösungen der Partei vertreten. Ganz ungenügend ist die Arbeit der Partei unter den Frauen. Noch gibt es eine große Zahl Ortsgruppen, die nicht eine Frau organisiert haben. Weil die Partei die Arbeit unter den Frauen derart schlecht durchführt, ist der Einfluß der Partei gerade in jenen Industrien mit starken Frauenbeschäftigung, in der Textil- und Zigarettenindustrie, sehr schwach anzusprechen.

11. Die "Fügaber in den Gewerkschaften
15. Der Kampf gegen das Trustkapital und seine Bürg-
blodregierung erfordert in erster Linie die Mobilisierung der
Betriebsarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder. Die ungeheue
Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse als Folge der kapita-
listischen Rationalisierung führte zu Beginn der Konjunktur
einer breiten Welle von Lohnbewegungen. Im Durchschnitt
wurden Löhnerhöhungen von 6 Prozent erzielt, die infolge
Politik der Bürgerblodregierung und der monopolistischen Pre-
politik der Kartelle und Trusts illusorisch gemacht werden, so dass
im allgemeinen keine Erhöhung des Reallohnes erreicht wurde.
Die Unternehmer verstanden es, die Lohnfragen von der Arbeit-
zeitforderung zu trennen, beziehungsweise die Arbeiter zu
unzulänglichen Überstundenentgelten abzutreiben, so dass

im Interesse der „Wirtschaft“ allgemeine Lohn- und Arbeitszeitkämpfe vorhinkerten und sich den sozialen Anliegen fügten, die nach den Anweisungen des Reichsarbeitsministers nicht mehr als durchschnittlich 6 Prozent Lohnerhöhung bewilligt. Obersteine wurden die Tarifverträge langfristig abgeschlossen, um es den Arbeitern zu erschweren, die Konjunktur zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auszunutzen. Nur die langfristigen Tarifabschlüsse folgten die Zoll- und Mietpreiserhöhungen sowie andere Finanzmaßnahmen der Bürgerblödregierung, die eine Senkung des Reallohnes der Arbeitersetzten. Durch diese Finanzpolitik werden tatsächlich die Lohnabkommen ebenso zerstört, wie die Arbeitszeitabkommen durch die Steigerung der Arbeitsintensität infolge der Rationalisierung überholt sind. Deshalb müssen die Kommunalisten in allen Betrieben und Gewerkschaften die Lohn- und Arbeitszeitforderungen sowie die Forderungen zum Kampf gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Rationalisierungsbeginns begründen und als oft die Elemente in den Betrieben die Arbeiters zum Kampf um diese Forderungen in Bewegung bringen. Die Industriellen rüsten bereits durch Schaffung von Streikkläsen zu einem größeren Kampf gegen die Arbeiter. Mit Hilfe der Schlichtungskommissionen und Arbeitsgerichte versuchen sie, die gewerkschaftlichen Kämpfe zu verhindern und die Gewerkschaften zu zerstören. Statt die revolutionäre Klassenfront für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, trotz verbindlich erklärter Schiedsprüche, zu stärken ordnen sich die reformistischen Führer der Schlichtungspolitik der Bürgerblödregierung unier und versuchen, die Arbeiter über diesen Vertrag hinwegzutäuschen durch eine scheinbare Verstärkung der Gewerkschaftspositionen auf dem Wege der „Mitwirkung an der Leitung der Wirtschaft“. In Wirklichkeit bebenet diese wirtschaftsdemokratische Orientierung nichts anderes als die Eingliederung des oberen Gewerkschaftsfunktionärsapparates in den kapitalistischen Wirtschafts- u. Nachtoparai. Es ist deshalb notwendig, daß in Verbindung mit den Erfahrungen der Kämpfe für Verbesserung der Arbeitsbedingungen die wirtschaftsdemokratische Illusionspolitik aufs schärfste bekämpft wird. In der gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen zeigt sich offener denn je, daß Industrie und Bürgerblödregierung gemeinsam die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit Einsehen aller wirtschaftlichen und sozialen Reichtumsmittel bekämpfen und daß deshalb der Kampf um Lohnerhöhung und Achtkunderttag als ein Teil des politischen Kampfes gegen den Bürgerblöd, für die Befestigung der Lohnsklaverie, für den Sozialismus geführt werden muß.

VII. Die Aufgaben des Werks

16. Die zentrale Aufgabe der Partei in der gegenwärtigen Situation ist die Gewinnung der Massen für den revolutionären Klassenkampf zum Sturze der Bürgerblödregierungen im Reihe und in den Ländern mittels konkreter, auf die jeweilige Situation passender Einheitsfronttaktik. Noch stärker als bisher muß die Partei in den Betrieben, den Gewerkschaften und den anderen überparteilichen Massenorganisationen für die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen der Partei die Massen mobilisieren. Gegenwärtig erfordert das Interesse der Arbeiter und Bauern und der werktätigen Mittelschichten, daß die Partei ihre Kräfte auf folgende Fragen konzentriert:

- a) den Kampf der Arbeiter um zwischenparteiliche Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung sowie gegen die Zwangsschiedsgerichte;
 - b) den Kampf gegen das reaktionäre Arbeitslosenversicherungsgesetz, für ausreichende Erwerbslosenfürsorge, für die Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess;
 - c) für die Selbstverwaltung und Vereinheitlichung des gesamten sozialen Versicherungswesens und der sozialen Fürsorge;
 - d) Kampf um Vollzurheb und der wucherischen Preispolitik der Trusts und Kartelle;
 - e) gegen die Erhöhung der Mieten und den Abbau der Mieterrechte;
 - f) gegen den Reichsschulgesetzentwurf und das geplante Kostendat;
 - g) gegen die Kloppenjustiz, die Beschränkung der Traditionsfreiheit der Arbeiter, die Streikverbote durch bürgerliche Gerichte und für die Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen;
 - h) gegen die steuerliche Belästigung, für staatliche Unterstützungen (Kredit, Pachtshilfe) der bäuerlichen Familienbetriebe;
 - i) Organisierung des sozialistischen Kampfes gegen die imperialistischen Kriegsnotbereitstellungen und für die Verteidigung der Sozialstaaten.

17. Um diese Aufgabe zu erfüllen, muß jedes Parteimitglied aktiv an der Durchführung der Parteaufgaben mitarbeiten. In allen Bezirken, Unterbezirken, Arbeitsgemeinschaften, Ortsgruppen und Zellen sind starke, in der politischen Linie der Komintern auf Hand der Tagessereignisse selbstständig arbeitende und verantwortliche, d. h. Politisch treibende Zeitungen zu bilden, die in jeder Situation die erforderlichen Maßnahmen selbstständig ausspielen und durchführen können. Das Abwarten der Umwälzungen ist ebenso, das Nichtstun bis zu ihrem Eintreffen, steht im schärfsten Gegensatz zu Theorie und Praxis des Leninismus. Der Funktionärkörper der Partei muß durch Hinzuführung neuer Kräfte verbreitert, durch systematische Schulung verbessert werden. Die Schlagkraft der Partei muß durch die Zuführung neuer Mitglieder aus den überparteilichen Organisationen, besonders aus dem KPD, RSPD, RSDW, RZ usw. verstärkt werden. Um dieses Ziel zu erreichen müssen:

- zu erreichen, müssen:

 - a) der restlose Umbau der Partei auf Betriebs- und Straßenzellen durchgeführt werden;
 - b) alle Leitungen regelmäßig tagen, alle Arbeiten und Aufgaben gründlich vorbereiten, ehe sie in den regelmäßigen Zusammenkünften vor die Mitglieder treten;
 - c) alle Leitungen so zu bearbeitende Terrain genau kennenzulernen, die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung, die Struktur der Betriebe, die politische Zusammensetzung der Belegschaften, der wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen;
 - d) bei der Beratung der Aufgaben der Leitungen die Arbeitsergebnisse an die Leitungsmitglieder verteilen, feststellen, wieviel sie physisch, politisch, finanziell zu leisten vermögen, sich für die nächsten Monate ein Ziel setzen, an das sie nach systematischen Schritt für Schritt heranarbeiten;
 - e) eine gute Kontrolle der Arbeit der Leitungsmitglieder untereinander und der Leitungen gegenüber den unteren Organisationen als Voraussetzung jeder erfolgreichen Arbeit durchführen;
 - f) in allen Gruppen und Zellen energische Schulungsarbeit

treiben, das politische Niveau der Mitglieder zu erhöhen, Leser- und Diskussionszettel ins Leben rufen, Städter als bisher politische Fragen diskutieren:

- g) in allen überparteilichen Organisationen die Partei im gleichen zu Käffionen zusammenzutragen, damit die Politik der Partei den Massen bekannt, der Einfluss und die Kraft der Partei in und durch die Massen verstärkt wird;
- h) die Arbeit unter den Frauen und der Jugend stärker betreiben, vor allem Arbeitserinnermittel durch die Stellungs- und Betriebsstellen aufzubauen, um die Arbeitserinnen für unsere Bewegung zu gewinnen und Arbeitserinnen-Delegierte konferenzen einzurichten;

18. Die Durchfahrung dieser wichtigsten Aufgaben ist die Vorbereitung der Mobilisierung der breiten militärischen Massen für die bevorstehenden Feindschlachten. Wie hat die Partei der Durchführung der Theseaufgaben das Endziel, die Räumung des Panjabismus als den einzigen Ausweg aus fortwährender Kriege und der einzigen Sicherung des Friedens aus dem Auge verlieren. Dieses Ziel kann nur durch die proletarische Revolution erreicht und durch die Macht der Proletarier.

Arbeiter Sport

Arbeiter-Turn- und Sportbund. A. Nr. 2. Herz. 1. Nr. Die am 1. Oktober stattgefundene Gruppenleistung zeigte guten turnerischen Geist. Alle Teilnehmer waren mit dem gewünschten Stoff zufrieden. In der anschließenden Sitzung wurden viel organisatorische Fragen besprochen. Erwähnt wurde, daß die Vereine Lötau, Dörfelkriest, Dresden-Süd, Lößnitz und Wilsdruff fehlten. Hatten genannte keine Turnerausbildung nötig? Schätzte Kritik wird an den Sportabteilungen der Gewerkschaftsjugend, sowie an den sozialen Wettkämpfen geübt. Die Debatte zeigte, daß nach wie vor der Arbeiter-Turn- und Sportbund die einzige Organisation für Leibesübungen der proletarischen Klasse ist. Auch missbilligte man, daß der Jugendleiter der Zimmerer, P. Drechselt, an dem Jugendleiterkurs unserer Bundeschule teilnimmt. In erster Linie sind Menschen aus unseren eigenen Reihen auszubilden, aber nicht Leute, die keine Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes sind. Ein SPD-Menschen protestiert stark gegen den Artikel der Dresdner Volkszeitung, daß sich in etwas schändiger Weise gegen den Proletariersport wendet. Neben die Werksportvereine wurde ebenfalls stark diskutiert.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Dresden. Der Stiftarztsitz der Ortsgruppe beginnt am 1. Oktober in der 47. Volksschule. Ammonstrasse. — 1. Kl. und 2. Friedrichstadt: 13. Okt. Vortrag über die Reiseerlebnisse in Warschau (Genossen Antje). — Johannstadt: 13. Okt. Vortrag über Ungarn und die hohe Tat (Gen. Herb. Bäder). — Striesen: 12. Okt. Vortrag über Meine Heimat an der Wolga (Gen. Butter). — Lößnitz: 13. Okt. „Unser Singen“, mit einführendem Vortrag des Gen. Wielch und Mitwirkung des Singkreises. — Cotta: 13. Okt. Unterhaltungsabend mit Lichtbildern, Muist und Liedern zur Laute. — Pieschen: 12. Okt. Vortrag „Eine Söngerefahrt in die Oste“. — Wintersportsektion: 14. Okt. Vortrag über Winterport für Anfänger. — Photosektion: 14. Okt. Photographieren mit löslichem Licht (Gen. Sommer). — Zugendabteilung: 11. Okt. Vortrag „Als Naturfreund durch den Schwarzwald“ (Gen. Herbert Richter). 13. Okt. Volkstanz. — Plauenscher Grund: 12. Okt. Vortrag „Sexuelle Fragen und Radikultur“ (Schreier Matz). 14. Okt. Dörfelkriest. Filmvortrag: „Mit den Jugendlichen nach Afrika“. 20 Uhr Dörlener Hof, Vorverkauf 40, an der Kasse 50 Pf. — Jugendabteilung:

Amtliche Bekanntmachungen

Pirna — Heidenau — Dohna

Personenstands- und Betriebsausnahme.

Die diesjährige Personenstands- und Betriebsausnahme ist nach den Ausführungsbestimmungen zum Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht in sämtlichen Gemeinden am 10. Oktober 1927 durchzuführen.

Den Grundstückseigentümern werden deshalb für jedes Grundstück

1. für jeden Inhaber einer selbständigen Wohnung bzw. wenn in einer Wohnung mehrere Familien untergebracht sind, für jeden Haushaltungsvorstand ein Bordur zu einer Haushaltungseinheit;
2. für jede im Hause befindliche Betriebsstätte (Läden, Arbeitsstätten, Kontore, Büros, Sprechzimmer, Ateliers, Atmospaare für Behörden u. dgl.) ein Bordur zu einem Betriebsblatt; und
3. ein Hausleitenvordruck, in dem von dem Grundstückseigentümer sämtliche im Grundstück befindlichen Haushaltungen und Betriebsstätten einzutragen sind,

Die Grundstückseigentümer oder deren Vertreter werden erachtet, die ihnen zugehörenden Bordure zu den Haushaltungseinheiten unverzüglich an die Haushaltungsvorstände, und die Bordure zu den Betriebsstättern an die Inhaber oder Vertreter des Betriebsblattes weiterzugeben.

Jeder Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, die ihm übermittelte Haushaltungseinheit nach Maßgabe der darin enthaltenen Anleitungen und Anmerkungen fortgängig auszufüllen, zu unterschreiben und spätestens bis zum 12. Oktober 1927, bei Justierung nach dem 10. Oktober innerhalb 3 Tagen, von der Behandigung dieser Liste an gerechnet, an den Besitzer des Grundstücks oder an seinen Vertreter zurückzugeben.

Die gleiche Verpflichtung haben Körperschaften, Behörden und Einzelpersonen wegen des ihnen zugegangenen Bodrucks für die Betriebsblätter.

Die Hauseigentümer oder ihre Vertreter werden erachtet, dafür zu sorgen, daß die Haushaltungsvorstände und Betriebsblätter rechtzeitig wieder in ihre Hände gelangen. Nach Prüfung auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit haben die Grundstückseigentümer die Haushaltungsvorstände und Betriebsblätter mit fortlaufendem, je mit 1 beginnendem Nummern zu versehen und mit der für jedes Haushaltungsstück nach dem Stande vom 10. Oktober 1927 auszufüllenden und zu unterscheidenden Haustelle.

spätestens bis zum 15. Oktober 1927,
bei Justierung nach dem 10. Oktober 1927 innerhalb 10 Tagen von der Justierung dieser Listen an gerechnet, an das Stadtgericht abzugeben.

Die vorstehend bezeichneten Fristen haben die Verpflichtungen pünktlich einzuhalten. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen kann durch Geldstrafen erzwungen werden.

Pirna, Heidenau und Dohna, am 7. Oktober 1927.

Die Stadträte zu Pirna, Heidenau und Dohna.

Gewerbesteuer.

Auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 1. September 1924, Nr. II, G. St. 24a 1, ist der festgelegte Stichtag für das Beteiligungsvorhaltnis der Wohnungsgemeinden an den Gewerbesteuern mit Wirkung vom 1. Januar 1925 an auf den 10. Oktober jedes jeweils vorausgegangenen Kalenderjahrs (dem Tage der Wohnungsrückstellung für die Reichsimmobiliensteuer) verlegt.

Die Arbeitgeber haben bis zum 20. Oktober 1927 der Betriebsgemeinde (dem Stadtgericht) Nachweisenungen der nach dem Stande vom 10. Oktober 1927 im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer einzureichen. Die Nachweisenungen sind nach Wohnorten der Arbeitnehmer getrennt aufzustellen und müssen deren Namen, Vornamen, Stand und Wohnung des Arbeitnehmers enthalten. Aufzunehmen sind auch solche Arbeitnehmer, die am Stichtage keinen Lohn bezogen haben.

Bordure sind bei den unterzeichneten Stellen zu entnehmen.

Pirna, Heidenau und Dohna, am 7. Oktober 1927.

Die Stadträte zu Pirna, Heidenau und Dohna.

Freital

Mitteilungen aus der Ratssitzung vom 3. Oktober 1927

Straßenbauteasus

Der Sächsische Gemeindetag beschloß, am 20. und 21. Oktober 1927 für die Straßenbaudienste der sächsischen Gemeinden einen Straßenbauteasus abzuhalten.

Der Rat beschließt, hierin Oberbürgermeister Klemperer sowie die Stadtärzte Hinterl., Ente., Richter und Klingemann einzurufen. Im übrigen soll den Bauaufsichtsbeamten folgendes gegeben werden, weitere Mitglieder und Beamte abzurufen.

Stiftung eines Stadthauptpreises

Vom 29. bis 31. Oktober d. J. veranstalten die Kaufenden-Gärtnervereine Freital und Umgegend wieder eine Fachausstellung.

Von der Einladung hierzu wird Kenntnis genommen. Gleichzeitig wird beschlossen, einen Stadthauptpreis in Form einer Geldspende in Höhe von 50 RM aus Ratsmitteln zu bewilligen.

Lang: 11. Okt. Vieders. und Muist. Abend. — Pannenwih.: 13. Okt. 20 Uhr Versammlung im Altfeldgrund. — Sriesnig: 12. Okt. Vortrag „Kunst und Proletariat“ (Gen. Kriebel). — Leisnig: 11. Okt. Vortrag „Ruisland“ (Gen. Mr. Werner). — Radeberg: 10. Okt. Versammlung, 20 Uhr, B.L. Am 14. Okt. Dörfelkriest. Vorträger-Vortrag „Meine Wander-Erfahrungen im Schweizerland“, 20 Uhr, Kaiserhof (Gen. Auer, Kopin). — Jugendabteilung: 12. Okt. Abendwanderung. In Hause.

Striesen: 17. Uhr Gruppenabend bei Döschküh. Wittenberge: 15. Okt. 19 Uhr Versammlung im Döschküh. — Zittau: 17. Okt. 19 Uhr Versammlung im Hotel „Zittau“. — Dresden-Neustadt: Unterhaltungsabend in Bergers Neuzug. — Pirna: 17. Okt. 19 Uhr Gruppenabend bei Kamer. Jacob.

Roter Frontkämpferbund

Mittwoch den 12. Oktober:
Ortsgruppe Jahnwitz. Achtung! Heute beginnt Jahn mit 19 Uhr Mitgliederversammlung des RFB und RZ im Stammlokal. Fahraufahrer müssen volljährig anwesend sein. Geld mitbringen. — 17.45 Uhr Funktionäre bei Kamer. Jacob.

Unterg. Pirna. Alle Pfeifer und Trommler, die mit nach Löbau fahren, müssen ihre Instrumente mitbringen. Seifersdorferdorf: 20 Uhr Mitgliederversammlung in der Gaststätte.

Donnerstag den 13. Oktober:

Abteilung 6. 19.30 Uhr haben alle Funktionäre, technische Gruppenführer, sowie Kassierer zur Funktionärerversammlung im Restaurant Thommold restlos zu erscheinen.

Ortsgruppe Heidenau. 20 Uhr Gruppenversammlung in der Reichskrone. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Königsbrück. 20 Uhr Versammlung im Heinrichshof. „Die Rote Armee“. Buchkontrolle. Verkaufsmaterial abrechnen.

Note Jungfront

Mittwoch den 12. Oktober:
Groß-Dresden. 20 Uhr Jungfront-Versammlung im Restaurant Reichiger-Hof, Reichigerstraße. Alle Abteilungen treten geschlossen an.

Abteilung 3. 19.25 Uhr Stellen in Uniform, Barbarossauniform zur RFB-Versammlung. Mitgliedsbuch mitbringen.

Jungarbeiter Freital. Kommt alle am Mittwoch den 12. Okt. in das Kinderheim der JAH zur Werbetradition der Roten Jungfront. Eintritt frei. Jeder Jungarbeiter gehört zu der Rote Front.

Note Frauen- und Mädchensbund

Mittwoch den 12. Oktober:
Abteilung 1. 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Schützenhaus, Weißer Hirschsgäßle. Neuwahl der Leitung. Buchkontrolle.

10.

Wanderheim

1. Auf Grund gebührter Wünsche wird dem Vorstand des Wanderheim-Ausschusses beigegeben und beschlossen, künftig einen leichten Beningsatz von 3,50 RM für Erwachsene und 2,- RM für Kinder bis zu 14 Jahren einzuführen. Ein Zwang soll nicht ausgeübt, sondern auch die Befreiung nach freier Einsichtung ermöglicht werden.

Zustimmung wird jerner dazu erlaubt, daß für Logisgäste der Aufenthalt auf 14 Tage begrenzt und nur in Ausnahmefällen (Notwendigkeit längerer Schulung) hiervon abgewichen werden soll. Wandergruppen, die vorher angemeldet worden sind und ohne zwingende Begründung fernbleiben, sollen 50 Prozent der Übernachtungskosten in Rechnung gestellt werden.

2. Während der Wintermonate soll zu dem Übernachtungspreis in der Jugendherberge ein Zuschlag von 10 Pf. für Beleuchtung und Heizung berechnet werden. Von den Logisgästen soll ebenfalls ein Zuschlag von 10 Pf. für Beleuchtung und Heizung erhoben und außerdem jede besondere Nutzung des Zimmers mit 10 Pf. in Rechnung gestellt werden.

3. Von dem Bericht des Feuerlöschkomites über die vorgenommene Prüfung der Feuerlöscheinrichtung wird Kenntnis genommen und beschlossen, noch zwei Feuerlöschstellen zu schaffen.

4. Mit der vom Ausschuss vorgeschlagenen Ausstellung von drei Aufzugsbedien erklärte man Einverständnis und bewilligt die entsprechenden Kosten.

5. Auf Vortrag des Wanderheim-Ausschusses wird beschlossen, dem Erzgebirgsverein Hermsdorf-Behfeld beizutreten.

Freilehrstätte

Bon der Fremdenverkehrs-Freilehrstätte Hoffmann in Görlitz ist darum nachgefragt worden, die Genehmigung dazu ertheilen, daß auf öffentlichen Plätzen dieser Stadt Stände und Wandschilderbilder vorgeführt und zwischen durch Reklamedrähten dieser Geschäftsstelle angeführt werden. Die erbetene Genehmigung beschließt man gründlich zu ertheilen, jedoch sollen die Vorführungen nur an einem solchen Platz gestaltet werden, wo eine Behinderung des Verkehrs ausgeschlossen ist. Als geeigneter Platz werden die Grünflächen an der Röthenstraße vorgeschlagen. Kostenberechnung soll nicht erfolgen, die Röthen jedoch verpflichtet werden, Anklagen gemeinnütziger Institute, Sparten, Wanderheim usw. unentgeltlich vorzuführen.

Brand-Erbisdorf

Wohnungs- und Betriebsstättensitten 1927

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung an der Wandschädel im Erdgeschoss des Rathauses werden die bisherigen Wohnungs- und Betriebsstättensitten aufgestellt, die richtig und vollständig ausgefüllten Wohnungs- und Betriebsstättensitten an folgenden Tagen in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags im Polizeiamt abzugeben, und zwar:

Abteilung A:

am 17. Oktober 1927 von Nummer 1—30
* 18. " 1927 " * 31—60
* 19. " 1927 " * 61—100
* 20. " 1927 " * 101—150
* 21. " 1927 " * 151—175
* 22. " 1927 " * 176—201D

Abteilung B:

am 24. Oktober 1927 von Nummer 1—35
* 25. " 1927 " * 36—70
* 26. " 1927 " * 71—120
* 27. " 1927 " * 121—159

Brand-Erbisdorf, am 16. Oktober 1927.

Der Stadtrat,

Geschäftseröffnung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Pirna und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, daß ich am Mittwoch, dem 12. Oktober, neben dem Richterladen, Neue Dresdner Straße, eine

Lebensmittel-Halle

eröffne.

Ich werde immer bemüht sein, den Wünschen einer sehr geschätzten Kundschaft gerecht zu werden und bitte um gütige Unterstützung.

Pirna, den 10. Oktober 1927.

Hochachtungsvoll

Alfred Hilberg.

Gardinen
abgesetzt und vom zw.

Bittragenstoffe

frische Badivaren

Kaffee

Reinhold Lorenz

Tharandt

Täglich Irische Milch, Butter, Käse, Eier

In besonderem Interesse verkaufe ich jetzt

prima Bettledern

zu denbar billigen Preisen. Herrschaftsdecken

5 M. weiße Halbdämmen 4,50 und billiger.

Lassen sie mir nicht auf dem Betrieb oder

auf der Straße durch, von der Kunden zu

beschaffte Decke wegzunehmen. Bezahlung sie

mein Vater ohne Kaufzettel.

Lehnert, Philippstori bei Neu-

gerodt

empfiehlt sich zur

Der Bezirksparteitag

Die Tagung am Sonntag

Nach Eröffnung des Bezirksparteitages am Sonntag begrüßte der Vertreter der Ortsgruppe Jüchsenwitz den Bezirksparteitag. Der Rat ergriff im Auftrage der Zentralkommission.

Genosse Ulbricht

des Wort zu einer Ansprache, in der er im wesentlichen folgten:

Genossen und Genossinnen! Wenn wir uns den Verlauf des Bezirksparteitages vergangenwärtigen, so müssen wir feststellen, daß es der Partei unter den schwierigsten Verhältnissen gelungen ist, Einfluß auf große Massen der Arbeiter zu gewinnen. Die Volksbewegung, in der sich die Parteiorganisation längere Zeit befunden hat, ist im wesentlichen überwunden worden. Das ist in erster Linie der Erfolg der richtigen Anwendung der Einheitsfrontpolitik und der gesteigerten Aktivität unserer Bezirkszellen. In der gegenwärtigen Situation, wo die Arbeiter im Kampf um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen im starken Maße aufnehmen, ist es gerade notwendig, in dieser schwierigen Arbeit der Partei zu fördern, die Zellen zu optimieren und die Fraktionen in den Gewerkschaften auszubauen. Man sieht die Bürgerkriegsregierung versucht, ihre Teuerungs- und Auszehrungspolitik durchzuführen, müssen die Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften beweisen, daß sie die aktiveren Elemente sind, die die Interessen der Arbeiter vertragen. Gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftspolitik der SPD und des ADGB können wir feststellen, daß die Arbeiter nicht genügt sind, die alte Arbeitsgemeinschaftspolitik fortzuführen und bereit sind, den Kampf für die Verbesserung ihrer Lage anzunehmen.

Die SPD ist auf Grund der Stabilisierung des Kapitalismus in eine etwas günstigere Situation gekommen. Sie kann einen oppositionellen machen, ohne dadurch die Stabilisierung des Kapitalismus zu gefährden. Auch die Gewerkschaften stellen jetzt Vorforderungen, weil sie wissen, daß sie dadurch der Stabilisierung nicht schaden. Nur durch aktive Arbeit unserer Gewerkschaften in den Betrieben wird es uns möglich sein, diese Demands der SPD und des ADGB zu erläutern. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die SPD durch ihre Scheinopposition versucht, Stimmung zu machen für die kommenden Reichstagswahlen. Das ist dies zum Teil gelungen, ist beweisen die Wahlen in Hamburg-Altona. Sie führen einen harten Kampf gegen die Nationalsozialisten. Die Gewerkschaften haben die SPD als Wahlpropaganda und Sammellisten unterstützt.

Mehr als bisher müssen wir die sympathisierenden Arbeiter ausspielen.

Augenblick der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion ist notwendig, die Werbearbeit für Partei und Presse mit in Vorbergrund zu stellen. Wir müssen Aufklärung schaffen, der Arbeiterschaft über die

Bedeutung der Sowjetunion.

In es uns gelingt, auf Grund unserer Arbeit das Vertrauen der Arbeiterschaft zu gewinnen, werden wir auch imstande sein, in großen Teilen der Sympathisierenden Arbeiter für die Partei zu gewinnen. In dem Bezirk Ost Sachsen haben sich die linken Kadernoträger genügend demonstriert als Vertreter ihres Parteiflanses. In den Gewerkschaften unterscheiden sich die sozialdemokratischen Funktionäre nicht von den NSP-Leuten, die Aufgaben in den Gewerkschaften und den Betrieben zu tun. Es ist notwendig, daß die unteren Parteiorganisationen die Arbeit leisten. Die Genossen sind grundlegend zu schulden und nicht nur allgemeine Referate zu halten. Zu gleicher Zeit müssen wir lernen, mehr als bisher neue Kräfte in den Aktivitätszetteln einzugliedern. Die leninistische Einheit unserer Partei muß unter allen Umständen gewahrt und schärfster Kampf gegen welche ständische Erscheinungen geführt werden.

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg

te den Genossen Pf. beauftragt, an den Beratungen des Bezirks in Ost Sachsen teilzunehmen. In seiner Ansprache sagte dieser Pf. etwa folgendes:

Unser Bezirk hat in den letzten Monaten gute Erfolge zu feiern. Ich erinnere dabei nur daran, daß es der Partei gelungen ist, Massen gegen den Aufmarsch der Faschisten unter der Begriff "Berlin bleibt rot" zu mobilisieren. Auch zum Reichstag des Rötes Frontkämpferbundes war zu verzwecken, daß die Berliner Bevölkerung zahlreich an dem Aufmarsch beteiligt. In den Betrieben ist eine Aktivisierung der Genossen verzeichnet. Unsere Aufgabe ist es, die Straßenzellen durch solchen der Betriebszellen zu beleben. Auf Grund der Konkurrenz sind die besten Genossen wieder in Betriebszellen erlost. In das Zurückbleiben der Arbeit in den Straßenzellen erfordert.

In den überparteilichen Organisationen haben wir überall einen Aufmarsch zu verzwecken. Zum Beispiel hat der RZB um 1920 die RZ um circa 11 000 Mitglieder zugewonnen, auch die Auflage des Roten Fahne ist bedeutend gestiegen. Mit diesem ständigen Wachsen der überparteilichen Organisationen hält aber die Zunahme der Parteimitgliedschaft nicht Schritt.

Zur innerparteilichen Lage ist ebenfalls mitzuteilen, daß seit dem Osterbrief eine Verbesserung eingetreten und in Berlin eine Konzentration der Partei zu verzeichnen ist. Auch in dem Kreis Halle-Merseburg, der am vorigen Sonntag seinen Parteitag abhielt, sind Fortschritte zu verzeichnen. Wir wünschen jedem Parteitag einen guten Erfolg und bitten unsererseits, die Delegierten bei der Berichterstattung auch die ausgezeigten Achsen und Mängel im Interesse der Parteibewegung zu berücksichtigen und daraus die Lehren zu ziehen.

Genosse Sandermann wünschte im Auftrage des RZB und RZB-BM den Bezirkstag einen guten Verlauf. Er geht in seinen Ansprechungen auf die Entwicklung dieser Organisationen ein und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Parteigenossen die überparteilichen Organisationen in Zukunft ebenso wie bisher konzentriert unterstützen.

Dann sprach im Auftrage des Landesausschusses der JZB und zugleich im Auftrage der RZB Genosse Schrapel begrüßende Worte. Ebenso wünschte auch der Vertreter des Bezirkstages Greiz-Gera-Zwickau den Tagung besten Erfolg. Der Jungparteibund hatte eine Pionierin entstellt, die den Wünschen mit ihrem "Immer bereit" ihren Gruss darbot und verriet, daß auch die junge Garde bereit sei, dem Beispiel der Genossen zu folgen und ihre Kräfte in den Dienst der Bewegung zu stellen.

Darauf brachte der Vorsitzende eine Anzahl Begrüßungs-Schreiben von der Kreisleitung der KPD in Reichenberg, der Bezirksleitungen Halle-Merseburg, Thüringen und Württemberg zur Verlesung.

Dann ergriff Genosse Erich Melcher das Wort zu seinem Referat über die "Politische Lage".

Die Aussführungen des Genossen Melcher werden wir morgen zum Abdruck bringen. Auf Antrag wurde darauf beschlossen, zunächst das Referat des Genossen Landtagsabgeordneten Rennert über: "Die innerpolitische Lage und die Opposition in der KPdSU" einzugehen und dann über beide Referate die Diskussion zu eröffnen. Zum Referat Melcher wurde die in der heutigen Ausgabe abgedruckte Resolution zur politischen Lage von der Redaktionskommission vorgelegt.

Referat des Genossen Rennert

(geläufige Wiedergabe):

Die innerpolitische Lage und die Opposition in der KPdSU.

Ich schließe voraus, daß ich die Probleme der ganzen Kämpfe, die sich mit der Opposition in der KPdSU, in der KPD und im KKE abspielen, nur in gedrängten Umrissen aufzeigen kann. Einleitend ist festzustellen, daß die verschiedenen oppositionellen Strömungen aus dem Unglaublich an die Durchführung des sozialistischen Aufbaus in Russland, an den Sieg der proletarischen Revolution überhaupt entstehen. Die Diskussionen in der KPdSU sind nicht neu, sondern stellen vielleicht eine Reihe von Diskussionen dar seit der Gründung der Bolschewistischen Partei 1903, vor allem seit 1905. Sie tragen stets die Tendenz des Unglaublichs seitens der Oppositonsführer. Die erste Stellungnahme Trotski zeigt sich 1905 in einer Broschüre "Die russische Revolution 1905". Trotski erklärt darin, daß die Möglichkeit, die russische Revolution durchzuführen, von der staatlichen Unterdrückung der anderen europäischen Länder abhängt. Dies steht natürlich voraus, daß in den anderen Ländern bereits die Macht an die Arbeiterklasse übergegangen ist. Diese Töne hört man in Deutschland seit 1918 dauernd von der SPD angeschlagen. Lenin erklärt, daß die Durchführung des Sozialismus in einem Land möglich ist, und zeigt in seiner Broschüre über die Gewerkschaftsfragen dies genau auf. Er erklärt, daß man, wenn die Arbeiter die Macht übernommen haben, im engen Bündnis mit den großen russischen Bauernmassen durch Ausbau der Gewerkschaften einen wesentlichen Schritt zum Sozialismus macht. Trotski behauptet, ein Bündnis mit den Bauern sei unmöglich, das Industriekapital müsse mit den Bauern nach der Unterwerfung der Macht sofort in Gegenwart geraten. Trotski steht hier im politischen Gegensatz zu Lenin. Es ist weiter festzustellen, daß die Opposition Trotski jedesmal aufschlägt, wenn in der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion Schwierigkeiten entstehen. Die Opposition stellt die Behauptung auf: Das Privatkapital wächst. Lassen wir hierin einige Zahlen sprechen: während 1923/24 der privatkapitalistische Anteil an der Wirtschaft sich auf 21,8 Prozent belief, betrug er 1925/26 nur noch 9 Prozent. Wir müssen feststellen, daß während das Privatkapital an Einfluß und Wachstum zurückgedrängt wurde, sind die Gewerkschaften im Wachstum begriffen. Die gleiche Frage steht bei der Bauernschaft. Wie kann man die Großbauern bestimmen? Das Rezept ist für Trotski außerordentlich einfach. Er schlägt vor: Stärkere steuerliche Belastung der Bauern, was ohne Zweifel einen starken Widerstand bei den Bauern hervorrufen würde. Das würde in Sowjetrußland einen Widerstand zu dem größten Teil der Bevölkerung der Bauern bedeuten, das bedeutet eine Agrarrevolution gegen den Arbeitervorstand. Die richtige Weg ist weitgehende Unterdrückung der kleinen und mittleren Bauern durch die Sowjetregierung und Errichtung landwirtschaftlicher Gewerkschaften. Ist die Sowjetunion auf diesem Wege vorwärtsgekommen? Am einfachsten Zahlen ist das sehr deutlich festzustellen. Die landwirtschaftliche Bauern untersteht die Kleinbauern und Gewerkschaften 1923/24 mit 36,5 Millionen Rubel, 1924/25 mit 78,6 Millionen Rubel und 1925/26 mit 77,3 Millionen Rubel. Die Zahl der landwirtschaftlichen Gewerkschaften betrug am 31. Dezember 1923 10 000, 1925 25 800 und jetzt über 38 000. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften hat sich erhöht von 1 279 000 auf 2 060 000 im Jahre 1924, jetzt beträgt sie 5 500 000. Also ein Anwachsen der Gewerkschaften um 100 Prozent und ein Anwachsen der Gewerkschaftsmitglieder um 200 Prozent. Auch hier wird die These Trotski widerlegt, daß die Sowjetrepublik die Kulaken entwölfe. Es zeigt sich, daß die Opposition keinen anderen möglichen Weg sieht. Nur wo Schwierigkeiten sind, haben sie Taktik. Daselbst hat sich auch seit 1925/26, wo die Sowjetunion Schwierigkeiten wegen der Getreidebeschaffung hatte, das Getreidekomitee schlug eine Herabsetzung der Industriepreise vor. Die Opposition wollte kein Herabsetzen der Industriepreise, sondern nur Belastung der Landwirtschaft durch steuerliche Druck, also einen Kampf gegen die Bauernschaft. Sie wollten das Bündnis, das zum Sieg in Sowjetrußland geführt hatte, preisgeben. Jetzt sagt die Opposition, die Partei würde immer mehr eine Kulakenpartei, die Kulaken erhalten immer mehr politische Rechte. Die Zahl der von Wohlrecht ausgestalteten Bauern ist aber geblieben von 1 auf 2 Prozent im letzten Jahre.

Genossen! Auch in der Februartagung des Plenums erklärte die Opposition, daß in der Frage der Heraushebung der Preise mit der Sowjetregierung absolut keine Differenzen habe. Aber die Erklärung war weiter nichts als ein Manöver, die Opposition wollte sich Zeit verschaffen, um neue Angriffe durchzuführen. Jetzt haben wir wieder die Angreife. Jetzt behauptet die Opposition, die RZB wolle dazu übergehen, die Kommunistische Partei und die Diktatur des Proletariats zu liquidiieren, es sei kein Bestimmungstricht in der Partei. Wenn die Mitglieder des ZK sagen, die Opposition führt den Kampf in einer Zeit, wo wir uns in erster Gefahr befinden, wo wir von innen und von außen angegriffen werden, wo vor allen Menschen die Kriegsgefahr sich zuspitzt, antwortet die Opposition, daß sie terrorisiert werden soll. Diese Erklärung ist überzeugend neu, sondern sehr alt. Die Opposition hat diese Erklärung jedesmal aufzulegen, wenn die Mehrheit der Partei auch unter Lenin sich gegen die aggressive Kritik dieser Opposition gewandt hat. Auf dem 10. Parteitag, der von Lenin geführt wurde, führten sie auch Diskussion. Lenin erklärte, daß diese Diskussion ein Maßnahmlosigkeit ist, der Gefahr in den Sowjetstaat. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet in der Armee. Die Kommunistische Partei hat sich sehr auf die Sowjetrevolution ausgerichtet. Sie haben die Freiheit der Sowjetrevolution aus Nutzen, damit zu schweren Differenzen mit der Großbourgeoisie zu kommen, nicht auf die Tagessordnung gestellt. Gerade diese Frage hatten sie auf die Tagessordnung stellen müssen mit der Forderung: Enteignung der Großbourgeoisie. Diese Forderung wurde nicht gestellt. Aber, Genossen, in diesem Fehler begegnet die chinesische Partei den Trotskisten. Sie verlegen die Sowjetrevolution in China. Trotski erklärt, daß die Revolution in China ein Kampf um die Sozialautonomie wäre. Diese Frage ist ganz selbsterklärend ein Teil des Kampfes, aber ausgerechnet der Teil des Kampfes, der sich gegen die Großbourgeoisie richtet. Ein späterer Fehler war der, daß die chinesische Partei nicht genug die Roten Soldaten beachtet hat, daß sie nicht Kaders geschaffen hat, nicht gearbeitet

diese Opposition, die mit allen ihren politischen Vorstößen in der Plenartagung gegen die Executive richtungslos unterlegen ist — einstimmig haben sich alle gegen die Opposition gewandt. Diese Opposition führt ihre Stütze ständig weiter, so daß erklärt werden mußte: die Opposition ist am Rande des Abgrunds angelangt! Weshalb? Weil die Opposition mit parteifremden Elementen in Verbindung steht. Die Opposition hat sich nicht auf den Leninismus revidiert, sie führt den Kultus nochmehr weiter fort. Sie ist bereits dazu übergegangen, eine Geheimvertragsrei zu errichten, wie von Parteiobigen Parteidokumenten vorsehaut wurde. Diese wurden durch Parteiobige verteilt. Es wurde nicht einmal kontrolliert, wie viele Exemplare hergestellt wurden. 12 solcher Teilnehmer an der Geheimvertragsrei wurden ausgeschlossen. Es ist sehr interessant und bezeichnend, daß große Teile der Teilnehmer — und zwar 3 von diesen 14 — ehemalige Faschisten sind, die 1917/18 und 1921 zur Partei gekommen sind. Alle übrigen Beteiligten sind nicht etwa Arbeiter, sondern alles Angestellte in den Sowjetapparaten. Was bedeutet das, wenn diese Gruppe Material in einer Geheimvertragsrei herstellt? Der Zweck ist, eine 4. Internationale aufzurichten. Trotz erklärt, daß er sich der Taktik Stalins nicht fügen werde. Anschließend dieser Erklärung mußte das Plenum endlich entsprechende Schritte gegen diese Gruppe unternehmen, nachdem diese Gruppe ihren parteifremden Charakter gezeigt hatte. Dieser Verlust wird von jedem kommunistischen Arbeiter abstoßen werden. Von wem werden sie denn terroristisiert? Wer hat denn Stalin gewählt? Einheitliche Bekämpfung des Zentralomitees, einheitliche Beschluß der Plenartagung der Executive. Eine kleine Gruppe will ihre besondere Politik durchführen, ihr besonderes Recht haben. Trotz erklärt in der letzten Plenartagung, daß er sich keineswegs den Befehlen Bucharins und Stalins unterwerfe. Er erhebt wieder Protest gegen die Bezahlung der Schulden an Frankreich. Sie schreien: Ihr zahlt an Frankreich und erhöht nicht den Lohn. Hat Russland erklärt, daß es 60 Millionen an Frankreich zahlen will? Sowjetrussland hat gefordert, daß, wenn 60 Millionen bezahlt werden, so muß für 100 Millionen Franken von Frankreich Ware nach Russland eingeführt werden. Es steht die Frage des schnelleren Aufbaus der Sowjetunion. Was bedeutet jetzt dieses Angebot an die Sowjetregierung? Die Front der Kriegsbecker zu durchbrechen, 60 Millionen zu 100 Millionen bedeutet Versicherung, Hinauschiebung der Kriegsangriffe. Mit der Haltung der Opposition wird praktisch der Angriff der Imperialisten unterstützt.

Jetzt noch etwas über die Berechtigung von Diskussionen. Wir erinnern uns an den 10. Parteitag über die Diskussion innerhalb der KPD und der KJ. Damals stellte Lenin die Frage, wann eine Diskussion in der Kommunistischen Partei möglich ist. Er erklärte: erstens wenn das Zentralomitee der Kommunistischen Partei es will, zweitens wenn das Zentralomitee seine Linie bestätigt haben will, drittens ist eine Diskussion möglich, wenn im Zentralomitee zwei Meinungen vorhanden sind gleicher Stärke, und wenn im Bezirk eine Diskussion gefordert wird. Eine solche Lage ist aber jetzt in der KPDU nicht vorhanden.

Genossen! Ich will zum Schluß meiner Ausführungen mit der deutschen Opposition mich nicht lange belästigen. Gleichzeitig mit der Erklärung der russischen Opposition, daß sie ihren Kampf einstellt, stellte die Maslowgruppe in Deutschland den Antrag auf Wiederaufnahme in die Internationale. Sie knüpft voran die Bedingung der vollständigen Freiheit und ihrer Fortführung ihres Kampfes um die Partei. Sie erklären sich bereit, das Erscheinen ihrer Zeitung einzuhalten, wenn ihnen dafür die kommunistischen Zeitungen zur Verfügung stehen. Sie verlangen, daß alle Ausgeschlossenen auf ihre ehemaligen Stellungen zurückkehren, das heißt die Wiedererichtung der Ruth-Fischer-Zentrale und die Durchführung der Ruth-Fischer-Politik. Dieses Wiederaufnahmegesuch war nichts anderes als ein Manöver, das die Maslowgruppe brauchte, weil sie in ihren Reihen ihre Arbeiteranhänger gegen diese Führergruppe wendeten und zur Partei zurückkehren wollten. Daß die Maslow-Fischer-Gruppe es nicht ehrlich meint, zeigt, daß sie zur gleichen Zeit, wo sie das Wiederaufnahmegesuch einreicht, in ihrer Zeitung einen Artikel veröffentlicht, in der sie davon schreibt, daß sich die Politik der Ruth-Fischer-Gruppe mit der Politik der KPD unverhältnißig gegenüberstehe. In einer Sitzung in Zürich erklärte Urbahn, daß sie dieses Wiederaufnahmegesuch nur machen als ein Manöver, um eine Plattform zur Weiterführung ihrer Politik gegen die KPD zu haben. Die Gründe, die die Maslowgruppe in diesem Manöver verleiht, erklärt Moslow in einem Artikel in der Zeitschrift des Kommunismus Nr. 23, in dem er schreibt, daß unter keinen Umständen sich schwache Elemente befinden, die zerstört und demoralisiert würden, daß aber mit parteipräzisistischen Sentzen nichts ausrichten sei. Hier zeigt sich also ganz klar, daß die Opposition keine ehrliche Zusammenarbeit mit der KPD will, denn noch während der gleichen Zeit erklärt Ruth Fischer, daß sie gegen Stalin und die Kommunistische Internationale kämpfen werden. Die Partei wird dieses Manöver zurückweisen und die Wiederaufnahme der Führergruppe Maslow-Fischer-Urbahn ablehnen. Diese Gruppe zeigt durch die Herausgabe einer eigenen Mitgliederkarte, durch die Aufführung einer eigenen Wahlliste in Ultuna, daß sie sich gegen die Kommunistische Partei wenden und eine eigene Partei errichten will. Demgegenüber aber wird die Partei um jeden einzelnen ehrlichen Arbeiter, der noch jetzt Maslow und Ruth Fischer folgt, ringen, um ihn in die Partei zurückzuführen.

Genossen! Seit dem Ehener Parteitag hat der Konkurrenzprozeß in der Partei weitere Fortschritte gemacht. Auf dem Ehener Parteitag gab es einige Differenzen. Eine Gruppe von Genossen verlangte eine andere Stellung der Partei zu den linken sozialdemokratischen Führern. Die Herausgabe eines sogenannten Aktionsprogramms, die Propagierung der Produktionskontrolle. Die Ereignisse seit dem Ehener Parteitag zeigen aber, daß die Mehrheit von Ihnen in vollem Umfang bereit ist und richtig handelt. Die Haltung der linken sozialdemokratischen Führer, ihre Hebe gegen Sowjetrussland, das Hinauswerfen von Russland-Dekreten durch die linken Sozialdemokraten, wie jeder praktische Schritt ihrer Politik zeigt die Entwicklung dieser Führer auf der Linie der Welt und Hinterdienst. Die gesamten Vorgänge zeigen, daß sich in der sozialdemokratischen Partei nicht eine solche Führergruppe herausbilden kann, mit der nochmals eine organisierte Spaltung des SPD durchgeführt werden könnte. Unter Kampf um die sozialdemokratischen Arbeiter muß dahin gehen, daß diese Arbeiter gemeinsam mit uns auf unserer Linie kämpfen, daß wir immer größere Teile von der sozialdemokratischen Partei abholen, bis durch die Ereignisse und durch weitere Arbeit der Zersetzung der sozialdemokratischen Partei erfolgt. In der Frage des Aktionsprogramms werden die genossenen Aktions- und Propagandakolumnen durcheinander. Daß die Grandäne der Partei in einem Parteiprogramm festgelegt werden, dagegen wendet sie kein Mensch, jedoch dagegen, daß man ein Programm aufstellen will, das die Lösung der Tagessämpfe bis zur Machtübernahme enthält. Heute gilt es, die praktischen Tagessfragen zusammenzuholen, um den Kampf gegen das Trustkapital zu führen. Die Fortbewegung nach Produktionskontrolle ist falsch. Auf dem Ehener Parteitag stellte man als Aufgabe der Produktionskontrolle die Frage der Materialkammlung in den Betrieben und die davon anknüpfende Notwendigkeit des Kampfes. Das ist aber feineswegen Produktionskontrolle, sondern die notwendige marxistisch-materialistische Beobachtung aller Vorgänge im Ablauf der gegenwärtigen Lage um dann den Kampf zu entfachen. Der Produktionskontrolle ist nach Lenin die Kontrolle der Arbeiterschaft über das sich noch im Privatbesitz befindliche Kapital. Deswegen kann nun Lenin die Produktionskontrolle nur in Verbindung mit der Diktatur des Proletariats unmittelbar hinter sie stellen. Die opportunistische Anwendung des Forderung nach Produktionskontrolle wie sie ja, ich auch vom ATGB unter der Lösung der Trustkontrolle gefordert wird, wird durch diese Forderung vor der Arbeiterschaft nur kompromittiert. Der Ehener Parteitag hat die Ausgaben des Komplexes gegen das Trustkapital festgestellt und hofft noch auf der Forderung gegen das Trustkapital aufzuhören mit dem Kampf um den Achtstundentag, höhere Löhne und gegen die

Resolution zur politischen Lage

I. Die internationale Lage.

1. Die gegenwärtige Lage wird gekennzeichnet durch die Aufzähnung der Beziehungen der imperialistischen Staaten untereinander und insbesondere durch die Aufzähnung der Gegenseite der imperialistischen Staaten unter Führung Englands und der proletarischen Sowjetunion, die Auswirkungen der chinesischen Revolution und die immer stärker werdende Anziehungskraft der Sowjetunion auf die Arbeiter der Welt. Die relative (teilweise und vorübergehende) Stabilisierung des Kapitalismus gestaltet es der Bourgeoisie, die parasitischen Kleinbürger und Sozialdemokraten von den Regierungsgeschäften auszuschließen. Die Vertreter des Trust- und Kapitalismus haben in beinahe allen europäischen Ländern ihren Mannen die Regierungsmaschinerie überantwortet. In England folgte der Herausdruck der Republik der Konföderation, die mit Baldwin an der Spitze durch das Antigewerkschaftsgesetz die revolutionäre Arbeitersbewegung zu unterdrücken suchte und gleichzeitig die Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion und die Massnahmen zur Unterdrückung der rebellierenden Kolonialvolker vorbereitet. In Italien hat der Faschismus die Gewerkschaften verstaatlicht, mit allen Mitteln des faschistischen Terrors wird die Arbeiterklasse niedergeschlagen. Der Konsens Blumens ist in Frankreich durch die Herrschaft Poincarés abgelöst worden. Durch das von dem Sozialdemokraten Paul Boncour ausgearbeitete Militärgesetz hat die Regierung Poincaré das ganze Land militarisiert und den Bedürfnissen des nächsten imperialistischen Krieges auf das Beste anzupassen gesucht. Die Gewerkschaften werden nach diesem Gesetz militarisiert, das Streikrecht aufgehoben, den Teilnehmern an Streiks und antimilitärischen Bewegungen droht das Standrecht. In

vorungen friedlich aus der Welt zu schaffen, ist durch die Geschichte erwiesen.

II. Die imperialistische Kriegsgefahr.

3. Die Gefahr des nächsten Weltkrieges tritt mit jedem Tage immer deutlicher in Erscheinung. Wahnsinniges Wettstreiten der imperialistischen Staaten gegeneinander und in Linie gegen die Sowjetunion kennzeichnet die Nähe des imperialistischen Krieges. In England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika betrug Ende 1913, d. h. vor Beginn des letzten Weltkrieges, die Zahl der Soldaten der Verbündeten 1 172 000. Ende 1925, nach den Sozialdemokraten also in einer friedlichen Zeit, stehen wir in den genannten Ländern 1 821 000 Mann unter Waffen. Flugzeuge gab es Ende 1913 in diesen Ländern 150, während 1925 3550 bereitstehen, um Bomber und Gift zu steuern. Das Militär-Budget dieser Länder betrug 1913 3 912 600 000 Pf. 1925 aber 7 425 000 000 Pf. In Deutschland steht das alte Heer 1912 614 145 Mann, heute umfaßt die Reichswehr zwar nur 100 000 bewaffnete Kräfte, jedoch wurden 1912 für das alte Heer insgesamt 1 257 Millionen Mark 1927 aber für die Reichswehr 573 Millionen Mark ausgegeben. Diese Zahlen und die Tatsache, daß die Reichswehr als Rahmenarmee ausgebildet wird zur Aufnahme der Mitglieder der nationalen Wehrverbände und des Betriebs, die Dienstdauer auf 3 Jahre zu reduzieren und die Ausrüstung zu verstärken zeigen, daß Deutschland gleichzeitig angestrengt seine Teilnahme an dem nächsten imperialistischen Krieg vorbereitet. Die Hindenburgsiede sind die Hindenburgsiede in Berlin und im Reich waren offene Demonstrationen für den neuen deutschen Imperialismus mit seinen Kriegsvorbereitungen.

Der letzte Weltkrieg hat die kapitalistische Wirtschaft der imperialistischen Europas in ihren Grundfesten erschüttert. Seit 1918 sehen wir eine wirtschaftliche Entwicklung in 2 entgegengesetzten Tendenzen: In der Sowjetunion geht dank der Neuen ökonomischen Politik der Aufbau der Wirtschaft zum Sozialismus trotz aller Schwierigkeiten vor sich, gleichzeitig zeigt sich aber auch in den westeuropäischen Ländern eine relative Stabilisierung des Kapitalismus auf Kosten des Proletariats und der werktätigen Schichten. Die kapitalistische Stabilisierung ist begrenzt durch das zunehmende Missverhältnis zwischen den durch die technische Entwicklung und die Rationalisierung gesteigerten Produktionsmöglichkeiten und der begrenzten Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. In England befindet sich die Wirtschaft der Nachkriegszeit fast durchweg im Zustand der Stagnation. Infolge der verminderten Absatzmöglichkeiten (Industrialisierung der Kolonien, gefundene Kaufkraft der Massen usw.) auf dem Weltmarkt verschärft die englische Bourgeoisie die Ausbeutung und damit die Klassengegensätze. Der große Bergarbeiterstreit als unmittelbare Folge dieses Verhältnisses brachte neue schwere wirtschaftliche Erschütterungen. England mußte deshalb zwangsläufig — nicht zuletzt seiner kolonialen Interessen wegen — zum Preissteiger des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion und gegen die chinesische Revolution im Interesse der eigenen Machterhaltung werden. Mit allen Mitteln bereitet deshalb England den Krieg gegen den ersten Arbeitervater vor. Nach dem Überfall auf die Sowjetvertretung in Peking und auf die Handelsvertretung in London folgten der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Londons zu Moskau, der Mord an dem Sowjetgejagten Woronow in Warschau, Terrorfälle und Attentate gebündelter Mörder gegen die Vertreter der Sowjetmacht im Dienste Englands, um die Sowjetunion zum Kriege zu provozieren. Durch den Finanzboom, die Wirtschaftskrise und die aktive Unterstützung der kontrarévolutionären Kräfte soll nun mehr der sozialistische Aufbau verhindert, das Wirtschaftsleben zerrüttet, unter den Arbeitern und Bauern Panik geläuft, Revolten und Aufstände hergerufen werden als erste Phase des Krieges gegen die Sowjetrepublik. Das Ergebnis der letzten Volksabstimmung in Genf zeigt weitere Fortschritte in der Linie der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Englands Ablehnung der polnischen Grenzgarantien zeigt, daß Deutschland durch Sicherung polnischer Gebiete und Kolonien in die Antiflügelfront noch fester hineingezogen werden soll. Anders als der letzte wird der nächste imperialistische Krieg geführt werden, anders ist also auch die Vorbereitung des nächsten gegenüber dem letzten imperialistischen Krieg.

4. Die Verschiebung des Schwergewichts der wirtschaftlichen und politischen Macht nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die fortlaufend steigende Verschuldung der europäischen Staaten, die zunehmende Antipathie zwischen den Vereinigten Staaten und England, der Kampf Englands kontra Frankreich um die Vorherrschaft in Europa, das Erstarken des neudeutschen Imperialismus und die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion einerseits und der wirtschaftliche Aufbau zum Sozialismus und die Friedenspolitik der Sowjetunion andererseits, zerstören immer mehr die Illusionen, daß der Bündnis ein Friedensinstrument ist. Das wurde besonders bewiesen durch die Ergebnislosigkeit aller Wirtschafts- und Abstimmungskonferenzen. Die unvermeidliche Erfolglosigkeit jedes Versuches, die wirtschaftlichen Gegenläufe im Zeitalter des Imperialismus durch Beratungen und Verein-

5. Die Sowjetmacht fürchtet die verbrecherlichen Pläne der imperialistischen Staaten nicht. Fest verankert in den arbeitenden Massen in Stadt und Land, verbunden mit dem internationalen Proletariat wird sie, zur Gegenwehr gezwungen, alle kriegerischen Anschläge erfolgreich abzuschlagen. Das Proletariat aller Länder, geführt auf die Sowjetunion, wird unter Führung der Kommunistischen Internationale, die größte revolutionäre Aktivität enthalten, um den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln. Die Sowjetunion will keinen Krieg. Ihren starken Friedenswillen hat sie in den zehn Jahren ihres Bestehens unzählige Male bewiesen. Ihr allein ist es zu verdanken, daß der Krieg in allen Teilen der Welt nicht jetzt ein neuer und größerer Weltkrieg als der von 1914—1918 geführt ist. Dem letzten Arbeitern und Angehörigen des werktätigen Mittelstandes ist klar zu machen, daß der Bestand der Sowjetunion der stärkste Friedensfaktor im Interesse der Werktätigen der Welt ist.

III. Die chinesische Revolution.

6. Die nationalrevolutionäre Bewegung in China kämpft gegen die feudalistischen Reste des „außenabhängigen Reiches“ und zugleich gegen den Imperialismus. Der soziale Arbeitskontrakt durch Kultur, packt u. Steuern verhaftete Bauer will das von ihm bearbeitete Land zum Eigentum; das chinesische Industrieproletariat will unter Führung der Kommunisten die Befreiung von ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung. Das ist nur möglich, wenn die nationale zur proletarischen Revolution vorbereitet wird. Als nach der Eroberung der Industriestädte Hankow, Shanghai und Nanking der Bourgeoisie drohte, daß das chinesische Proletariat auschlagendein Einfluß auf die weiteren Ereignisse erhalten könnte, übte der Verrat. Die Freiheit der Ausbeutung, das Privateigentum an den Produktionsmitteln wäre für die chinesische Bourgeoisie ver-

Hast Du schon eine ? Karte zum Roten Pressetag? Beeile Dich, eine zu erhalten!

Der Preis ist nicht hoch, wir müssen nur die größten Unferten decken. 30 Pf., und 20 Pf. für Erwerbslose.

Du weißt ja schon, Karten erhältst du bei unseren Kolporteur, bei den Funktionären der KPD, bei der Buchhandlung bei der Expedition, der AVH und der Roten Hilfe.

Berlag und Redaktion der Arbeiterstimme.



Nur vor der geschlossenen Kampftromm des Proletariats steht die Bourgeoisie.
Schließt Dich an! Karteiste mit uns!
Werde Mitglied der KPD!

Auflösungen durchsetzen. Aus diesem Grunde war es notwendig, die Fragen hier zu stellen. Vor circa drei Wochen fiel uns ein Rundschreiben eines Funktionärs in die Hände, das den Charakter eines fraktionellen Schreibens trug, in dem die von einer Gruppe in Essen erhobenen Forderungen auch jetzt wieder aufgestellt werden. Es zeigt sich, daß also auch die Kette der Abweichungen und vielleicht auch fraktionelle Bindungen noch nicht überwunden sind. Die Partei wird auch gegen diese Abweichungen den Kampf führen.

Es gilt, den seit Essen weiter fortgeschrittenen Konkurrenzprozeß zu fördern. In der Durchführung eines demokratischen Zentralismus in der Partei wird die stärkere Aktivität, die stärkere Zusammenfassung erreicht werden. Über alle strittigen Fragen muß und kann innerhalb der Partei offen diskutiert werden. Reale Weisungssäuerung, Mitarbeiterung und Beschickung in den unteren Parteigruppen die Heranziehung aller Partei lebhaften und kämpflicher Kräfte. Wer ehrlich mit Fraktionsschäden kennt, wird hierzu die volle Möglichkeit jeder einen Kampf mit der Partei gegen die Feinde des Proletariats, sondern einen Kampf um die Partei machen. Die Partei hat gewisse Erfahrungen gesammelt. In ehrlicher erster Zuversicht werden die Auseinandersetzungen die Partei so zu gestalten, daß führt zur Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus.

Der Parteitag der Britischen Arbeiterpartei

Von R. Page Arnott.

Der 27. Parteitag der Britischen Arbeiterpartei, bei dem vom 3. bis 7. Oktober 1927 in Blackpool tagte, bedeutet eine weitere Gruppe der hillschwiegenden Koalition mit der Bourgeoisie. Diese jüngste Koalition heißt die Bourgeoisie einen Preis; und dieser Preis wird jedes Jahr höher. Vor zwei Jahren schien die Ausstaltung der Kommunisten hinreichend zu sein. Dieses Jahr wird als Preis die Ausstaltung der Linken aus den Ausgaben und die Ausstaltung sozialistischer Lösungen aus dem Programm gefordert.

Die Britische Arbeiterpartei hat auch heutzutage noch die ganz eigenartige Zusammenfassung, mit der sie vor dem Kriege zusammengekommen ist. Sie war eine Föderation von Gewerkschaften, sozialistischen Vereinen und örtlichen Arbeiterparteien, sowie Gewerkschaftsparteien, die zu Wahlzwecken und ohne ein besonderes festgelegtes Programm zusammengeschlossen wurden. In den letzten neun Jahren haben die reformistischen Führer immer wieder Versuche gemacht, diese Körperschaft nach dem Muster der britischen bürgerlich-politischen Parteien zu etwas umzuwandeln, das geeignet sein sollte, die Regierung Seiner Majestät zu bilden. Dieser Prozess begann mit der Errichtung einer Zentrale von Einzelmitgliedern im Jahre 1918, wodurch der kleinbürgertliche Liberale die Möglichkeit erhielt, der Arbeiterpartei beizutreten, und mit der Veröffentlichung eines sozialistisch-imperialistischen Programms. Darauf folgte die Unterstützung, die im Jahre 1919 dem räuberischen Heirat von Versailles gewährt wurde. Im Jahre 1920 wurde der neu gebildete Kommunistische Partei die Auszehrung vorgestellt. Seit damals zeigt sich ein ständiger Fortschritt in der Ausstaltung "radikal" Elemente aus der Organisation und in der Ausmerzung "wilder" Forderungen aus dem Programm.

Aber diese in jedem Jahre wiederholte reformistische Säuberung brachte allmählich eine große Vereinheitlichkeit in die Arbeiterbewegung. Es machte sich eine Gegenströmung geltend. Immer größere Teile der Arbeiterklasse, die den Wert der Kommunisten im Kriegskampf lernen gelernt hatten, wehrten sich gegen die Vertreibung der Kommunisten aus der Arbeiterpartei und gegen die händig forschiende Ausmerzung der sozialistischen Forderungen aus dem Programm und aus der Tätigkeit der Arbeiterpartei.

Die Erfahrungen mit der Arbeiterpartei-Regierung bestärkten sowohl den Säuberungsprozess als auch die dann gereichten Strömungen. Als daher im Jahre 1925 die Führer der Arbeiterpartei auf dem Parteitag von Liverpool die endgültige Ausstaltung der Kommunisten durchsetzten, entzündete sich die linke Strömung zu einer festgesetzten Bewegung innerhalb der Arbeiterpartei. Seit damals ist die Geschichte der Arbeiterpartei die eines Kampfes zwischen dem organisierten linken Flügel, der die aktiven Arbeitselemente vereint, auf der einen Seite, und den Führern der Arbeiterpartei (Wendell Thomas, Macdonald, Snowden) und ihren Verbündeten in der Gewerkschaftsbürokratie auf der anderen Seite.

In diesen Kampf zwischen diesen beiden Flügeln hat sich ein Element der Verwirrung hineingehoben in Gestalt der unabhängigen Arbeiterpartei (einer der sozialistischen Vereine, der der Arbeiterpartei angegeschlossen ist). Die UAP hat eine Reihe ihrerunteren Positionen aufgeworfen, wie die des "Sozialismus in unseren Tagen" usw.

Der Kampf zwischen dem linken und dem rechten Flügel in den letzten einhalb Jahren ist das unmittelbare Beispiel vom Parteitag von Blackpool. Im September 1926 fand eine erste Reichskonferenz des linken Flügels statt, an der sich 12 Ortsgruppen der Arbeiterpartei und ebenso viele Delegierte von Gruppen des linken Flügels aus Gebieten beteiligten, in denen der rechte Flügel die Mehrheit hatte. Die Konferenz hat einen Reichsausschuss und arbeitete ein Programm aus. Da der linke Flügel wuchs, begannen die beunruhigten Bürokraten der Arbeiterpartei Ortsgruppen auszuschließen, die den Bevölkerung von Liverpool auf Ausschließung der Kommunisten nicht zugeschaut hatten.

Am 25. September 1927 fand die zweite Reichskonferenz des linken Flügels statt, an der sich 145 Delegierte beteiligten, 24 Ortsgruppen der Arbeiterpartei und zahlreiche andere Organisationen, wie Ortsgruppen der UAP usw. vertreten. Die Konferenz nahm ein Programm an, das auf dem eine Woche später in Blackpool stattfindenden Parteitag der Arbeiterpartei verlesen werden sollte.

Auf dem Parteitag von Blackpool zeigte der rechte Flügel vom ersten Tage anfangen seinen scharfen Gegenzug zum Programm des linken Flügels. Die Eröffnungsrede des Vorsitzenden war in ihrer Einleitung ein Angriff auf den linken Flügel und die Minderheitsbewegung, zugleich mit einer Lobpreisung der "mutigen und klägerischen Reden", die der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses einen Monat vorher gehalten hatte. Am gleichen Tage wurde der willkürliche Ausschluss des Leichterverbandes durch den Parteivorstand der Arbeiterpartei zur Sprache gebracht. Dieser Ausschluss war erfolgt, weil der Verband die Kommunisten nicht ausgeschlossen und sich gegenüber der Politik des rechten Flügels kritisch verhalten hatte. Die Bestätigung des Beschlusses des Parteivorstandes war eine Warnung für alle rebellisch Tendenzen. Eine Diskussion über den Ausschluss der Kommunisten gab es nicht. Denn aus der Tagesordnung war alles ausgeschieden worden, was das Verhältnis der Kommunisten zur Arbeiterpartei betraf.

Es war bezeichnend, daß der Vorsitzende die Liberale Partei nicht angriff. Der Parteivorstand verlangte dagegen vom Parteitag die Errichtung zur Ausarbeitung eines "Programms für die Gesetzgebung und für Verwaltungsmethoden einer Arbeiterpartei-Regierung". Die Führer hoben mit aller Deutlichkeit hervor, daß das Programm unmittelbare Maßnahmen betreffen sollte, die den Wünschen der Wähler entsprochen, also nichts "Fiktives" wie Sozialismus, sondern etwas, worüber sich die Liberale Partei und die Arbeiterpartei einigen könnten. Genosse Harry Pollitt wies darauf hin, daß die Resolution zur Koalition mit bürgerlichen Parteien führen könnte. A. J. Cook und Ellen Wilkinson warnen vor einem Programm, das nur für die Wähler des Mittelstandes bestimmt sei. Die beiden Redner der UAP forderten, es in dem Sinne der UAP entsprechend ein Programm des "Sozialismus in unseren Tagen" sein sollte. Die Redner des rechten Flügels dagegen verlangten ein Wahlprogramm für eine neue Arbeiterpartei-Regierung.

Alles in allem war der Parteitag so eingestellt, daß er der Bourgeoisie wohlgefällig sein konnte. Der liberale "Manchester Guardian" begrüßte ihn in einem Beitrag als Vor-

bereitung einer gemeinsamen Front der Liberalen Partei und der Arbeiterpartei und begrüßte die Arbeiterpartei dazu, daß sie Forderungen, die der Zusammenarbeit hinderlich hätten sein können, befehligt oder "auf eine unbestimmte Zukunft zurückgestellt" habe. "Die Vermögensabgabe und die Nationalisierung der Bergwerke werden im unmittelbaren Programm auf einen beladenen Platz gestellt... Der Bannfluch gegen die Kommunisten wird nicht aufgehoben, sondern verstärkt... Es wird nicht etwa schwer sein, eine gemeinsame Politik der Liberalen und der Arbeiterpartei zu finden."

Diese Kommentare des Hauptorgans des liberalen Kapitalismus in Großbritannien Klingt sehr gut mit der "industriellen Harmonie" des jüngsten Gewerkschaftskongresses zusammen. Keinerlei Delikatessen Macdonalds zugunsten der Nationalisierung in der Zukunft und keinerlei höhnische Angriffe auf Lord George sind imstande, den Glauben zu erschüttern, daß ein Bündnis zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei vorbereitet wird. Dieser Glaube könnte nur durch die Annahme einer wirklich sozialistischen Politik erschüttert werden. Aber der Parteitag der Arbeiterpartei in Blackpool hat sich von dieser Politik noch entzweit abgewandt, als dies die Arbeiterpartei je getan hat.

Achtung! Glasarbeiter!

Vom Fabrikarbeiterverband wird uns geschrieben:

Es dürfte wohl in der gesamten deutschen Industrie zu verzeichnen sein, daß in den letzten Jahren wesentliche technische Erneuerungen in den Betrieben vorgenommen wurden, infolgedessen auch eine wesentliche Steigerung der Produktion zu verzeichnen ist. Von der Firma Kurt Ziegler, Glasfabrik Dresden-N., Pfotenhauerstr. 19, muß man das Ereignis feststellen. Alle Einrichtungen, die getroffen wurden, zeigen von einer Unterenheit der tatsächlich notwendigen Einrichtungen innerhalb einer Glasfabrik, das man sagen kann, es würde besser sein, wenn so mancher nicht Unternehmer geworden wäre. Die einzige Nationalisierung, die man kennt bei der Firma, ist, fortwährend an den Akkordläden herumzumachen, um so die Arbeiterschaft auf die Basis der klassischen Kulisse herabzubringen. Die in Frage kommende Arbeiterschaft lehnt eine solche Zumutung bestimmt ab. Nun noch einige andere Mitteilungen über die moderne eingerichtete Schleiferrei. Wo bleiben die Vorauflösungen, daß man von England und Kultur sprechen kann? Die ganze Schleiferrei ist ein einziger Saustall. Wiederholt hat sich die Arbeiterschaft schon über den quälenden Oden beschwert, hat nichts genutzt. Herr Bruchbold und Herr Conrad, als Inhaber, glauben eben Heringe zu räuchernd, vielleicht auch eine Eignung zur Umwidlung.

Die Aufenthaltsräume und Waschgelegenheiten befinden sich in einem derartigen Zustande, daß man die Langeweile der Arbeiterschaft nur bewundern kann. Es ist dieses darauf zurückzuführen, daß die dort verdächtige Arbeiterschaft zu laut und zu gleichgültig ist, um energisch für Abstellung solcher Zustände einzutreten. Sie glaubt, daß nur einige genügen, und die Sache wird geändert. Diese Einstellung ist als irrig zu bezeichnen, vielmehr ist eine solche Organisation und ein festes Zusammenhalten der Arbeiterschaft notwendig. Geschichtliches, so durfte die Abstellung dieser Mäßlinde bald erreicht sein. So lange es aber immer noch Kollegen gibt, die da glauben, durch ein Verhalten, was Anekdote in sich trägt, Verbesserungen zu erreichen, wird eine Änderung nicht zu erreichen sein.

Läßt euch nicht durch das barherrige Verhalten des Herrn Bruchbold beeinflussen, sondern vertrete euer Recht. Anekdote nicht zum Ziel! Alle Glasarbeiter ersuchen wir, Arbeitsangebote an die Firma zu unterlassen.

Gewerkschaftliches

Deutscher Baumgewerksbund, Baumgewerkschaft Dresden, Sektion der Kalk- und Ziegelträger.

Donnerstag den 13. Oktober 1927, 17.30 Uhr, im Volkswohlahaus Trianon (Spielhaus), Eingang Schuhplan. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherungsgesetz. Referent: Genosse Liebold; 2. Allgemeines (Stiftungsfest). Zu dieser wichtigen Versammlung sind die Kollegen alle verpflichtet, zu erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostpreußens: Bruno Goldammer, Dresden; für den geläufigen übrigen Inhalt: Rudolf Henner, Dresden. — Druck: "Praesag" Druckerei, filiale Dresden.

— Läßt das Serjojsha, das sind Intellektuellen-Phantasiern. So sprechen jetzt nur die Smenosjewowzi.

Und Sergei sprach zu sich selbst — vielleicht aber auch zu allen:

— Dreihundert — sind auf diesem Schiff und vierzehn Offiziere. Als man sie in Tuabs nicht aufgenommen hatte, sagten sie: „Der Dampfer wird nicht zurückgehen; mag man uns irgendwohin bringen. Wir werden ans Land gehen, man soll uns nur erschießen.“ ... Das ist herrlich. Sie tragen schrecklich viel Energie in sich. Man muß sie ausnutzen, diese Energie, muß sie umwandeln.

Schidki knirschte mit den Zähnen.

— Und was haben Sie uns alle genommen? Wieso von unserem Blute, wieviel von unserer Kraft haben Sie verschlungen? Hast du das berechnet? ... Der Kopf dreht sich einem davon.

— Nun, und was? Leiden und Blut sind unauslöschbar. Die Eigenschaft des Leidens ist — sich in Leidern umzuwandeln. Die Eigenschaft des Leidens — sich in Heldenaten zu verlöppen und durch die Mosken — in einen weltweiten Kampf.

Polja sah Sergei an und lachte auf. Sie war wieder in fröhlicher Freude ausgeblüht und ihre Wimpern und Augenbrauen schimmerten in der Sonne.

— Ach, Serjojsha, du Hysteriker, du ... Wie schön dich unsere schreien Delegierten zerkrümeln würden, wenn sie die deine Weisheit hörten ...

Gleich schaute die Delphine an. Es rollten da zwei große Räder eines hinter dem anderen — kamen auf und entrannten. Mit gleichmäßigen Schwüngen schritten sie mit ihren Rädern, wie mit einem schweren Schwert das Wasser — das aus Raphtha und Mich zu sein schien — auseinander. Und wenn sie in der Tiefe verschwanden, fielen die Wellen in sich zusammen, das Wasser wurde flacher, glatter, ruhiger. Ebenso gewaltig und beschwingt rasten einst die Räder der Dieselmotoren in ihrem eisernen Fluge und erschütterten die Seele mit elektrischer Übertätigung. Viele Dieselmotoren waren in Bewegung — jetzt sind es nur zwei. Ihr Leben verkörpern sich dort, auf dem Abhang des Berges: dort kriechen zwei Laufstöcke — hinauf und hinunter. Und noch näher über dem See, einander treibend, einander meidend einer hinter dem anderen, in langen Ketten —

viele andere Laufstöcke. Und hier, diese Delphinträger tragen, voll tierischer Blute geladen, mit ihren Stielrücken verschwommen, rückt die kostbaren Sonnenenergien in die Tiefen des Meeres ... (Fortsetzung folgt)



Die Rationalisierung ermordet täglich sechs Bergarbeiter! Darum kämpft gegen die Rationalisierung! Nur die KPD führt diesen Kampf! Werdet!

Mitglied der KPD und Leser der Arbeiterstimme

© ROMAN VON FJODOR GLADKOW

ZEMEIT
Aus dem Russischen übertragen von Olga Halpern
Copyright 1921 by Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Weltbeim), Wien, Berlin

(82. Fortsetzung.)

— Ja, Donomit ist schon vorbereitet, nimm's zur Kenntnis, der Alltag ist ein Witzwort. Und Wierwarz ist — ins Kleinbürgertliche verwandelter Heroismus. Ich schloß immer bei offenen Fenstern und Türen. Am Tage ist der Schlaß gut und stark, weil er mit Sonne und Menschen durchdränkt ist. Die angenehmste fröhlichste Zeit ist für mich die Nacht. Komm zu mir, wir werden die Zeit angenehm verbringen. In der Nacht sieht man immer mehr als am Tage.

— Und Genosse Lenin, schlafst der in der Nacht, jag, Genosse Tschibis? Ich habe gehört, er sei ebenso schlaflos wie du, und liebt sehr das Feuer.

— Ich weiß es nicht, auch ich glaube, daß er das Feuer liebt.

— Doch wie ist das eigentlich Genosse Tschibis? Wenn man auf die Straße kommt — so sind dort Kaschhäuser mit hässigem Streichholzheiter. Wieder die alte Schweinerei?

— Nun! Und das erschreckt dich? Ich werde bald nicht mehr hier sein. Und du fahr zurück zur Armee; trainiere dich noch ein bißchen dort und lerne das politische ABC. Mich beeindruckt das absolut nicht. Man muß verstehen, ohne mit den Lippen zu zucken, in die Sonne und auf das Blut zu sehen. Man darf nicht fürchten, daß die Sonne die Augen verbrennen und das Blut die Seele vergiften wird. Man muß dazu die Sonne und das Blut in einem Kessel vermengen und schön zusammenquellen.

Er hol seine Wimpern und lächelte. Und wieder bemerkte Giebel eine kindliche Klarheit in seinen Augen und einen heurigen Punkt, der unruhig im Augapfel herumwirbelte und nicht mit Ruhe kommen konnte.

Tschibis ging über den Gong, elastisch und wuchtig, und läude war und eine unerträgliche Last in sich trug.

B

Günstige Einkaufsmöglichkeiten für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Dresden und Umgebung

B

DRESDEN-PIESCHEN

Pleschner Vereinshaus
Inh. Th. Holzmann
Mohnstr. 1, Ecke Torgauer Str.
Verkehrskiosk der Partei u. des RPS
2800

Optiker Winkler
Leipziger Str. 22
Kassenleiteramt
28019

Kolonialwaren
H. Großmann
Moltkestraße 46
28072

Ida, veredl. Reimig
Produktengeschäft
Rehefelder Str. 84
28019

Bäckerei Otto Marx
Oschatzer Str. 30
28051

Zwiebad-Reuther
Torgauer Str. 29
28018

Fahrräder
Hans Weigelt
Leipziger Str. 54
Reparatur-Werkstatt
28008

L. Böllinger Bier- und Weinhandlung
OTTO KOCH
Leipziger Straße 78
28018 Vorsteiger erhält
Via Telefon 28000

KOTZSCHENBRODA

"Braustübel"
Bahnhotel. Beliebte Einkehrstätte
28006

CARL PITTUS, Bahnholzstraße 11
Buch-, Papier-, Leder- und Spielwarenhandlung
28070

L. Rönnisch Rechtig, Vorwerkstraße 8
Lebensmittelhaus
Erstklassig! Preiswert!

Paul Naumann
Papier- und Schulbuchhandlung
Gartesstr. 18, gegenüber der Schule, Parcours 144
28072

Haarformer Großhans
Damas- u. Herrenfriseurhaus, Moltke Str. 47
28021

Kurbelshickerie und Plissépresserei
Helene Jochke, Dresden-A., Stolzstr. 6, Erdges.
28009

Frz. Neugebauer Nachl., Lange Str. 3
Frischwaren-Schauware aller Art
28009

R. SCHRÖYER, Meißner Straße 48
Uhren - Reparaturen
28007

M. Müller, Gartenstraße 108
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren / 5% Rabatt
Anfertigung von Kleidern u. Wäsche
28006

Wasch- und Plättanstalt
Ernst Bohne, Kötterstr. 12, Telefon 2805
28045

Paul Lindner
Gradsteg 1
Herrenmaßschneiderel
28044

O. Seltz, Gradsteg 1a (nahe der Schule)
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Arbeiteranzüge / 5% Rabatt
28040

P. Förster, Gradsteg 1b, Spezialhandlung
feinerer Hersteller und örtlicher Tafelbutter
28045

R. Weisgerber, Vorwerkstr. 12 / Uege 1883
Solin er Stahlwaren, Schleiferel und Reparatur
28041

Max Chmel, Ottostraße 1
Buchbinderei und Papierhandlung
28040

W. Gräbel, Hauptstraße 48
Futtermittel, Getreide, Samen
Holz und Kohlen / Tel. 380
28058

DRESDEN-NEUSTADT

Max Blachstein
Alaunstraße 1
am Albertplatz
★

metropol-Meier
Windmühlenstraße 5b
Dienstags & Freitags
12-13 Uhr
Wechselseitiges Programm
28025

LEBENSMITTEL

Richard Oestreich
Hechtstraße 66
28078

Martha Haufe
Hechtstraße 72
28073

A. Pötzsch
Oppellstraße 49
28054

Otto Sickert
Oppellstraße 27
28051

H. Schermert, Spirituosen
Hechtstraße 26
28051

Hugo Weiß,
Hechtstraße 10
28050

Arthur Geißler
Hechtstraße 18
28049

FELEISCHER

Oskar Prötsch
Hechtstraße 12
28073

ALFRED STEGLICH
Oppellstraße 12
28054

**Preiswürdigkeit!
Gute! Antwort!**

Max Blachstein
Alaunstraße 1
am Albertplatz
★

Karl Lehmann
Prinz-Rupprecht-Park-Hotel
Oberlausitzer Wäsche- und Moden- und Haus- und Geschäft
28055

FLEISCHER

Max Geißler
Windmühlenstraße 5
28053

Alwin Steglich
Hechtstraße 69
28048

Karl Thomas
Krienstr. 9, Ecke Hechtstr.
28047

Bernhard Hübner
Hechtstraße 80
28048

BACKER

WILLI TANNER
Oppellstraße 31
28074

Otto Schweigert
Hechtstraße 74
28045

ARNO EINERT
Hechtstraße 8
28044

Johann Tharank
Windmühlenstraße 4b
Schuhwaren und Reparaturen
28054

Kaufhaus Julius Caspar
Dresden-Neustadt, Hechtstraße 14
Nur Qualitätswaren - Große Auswahl
Aeußerste Preise
28426

E. Rentsch
Obst, Gemüse, Fleischtr. 18
28021

Restaurant „Gibflorung“
Vorwerklokal der organisierten Arbeiter
M. Wiederander, Ruferneistraße 19
28087

Schubert & Sadise
Plaschen und Syphon-Biere
Förstereistr. 13, Telefon 50135
28020

„Kronen“
St. Dampf-, Bohn- u. chem. Wälzerel
Dettmeyer, Simon & Co.
Förstereistrasse 15 Auf 31 916
Bäckerei, Gebäckwarenpannenel, überzeugt
Dörfcher Reinigen mit Brotlinen der gesamten
Herrn- und Damen-Gärtnerei
28022

KOTZSCHENBRODA

Willy Tronické, Hauptstr. 1
Frisierstuben für Damen und Herren
28026

Karl Kramer, Neue Straße 4
Lebensmittelkiosk Schuhmacherei Betrieb
28027

Dugo Schleiner, Neue Straße 5
Ba. Fleischwaren u. Wurstspezialitäten
Gegründet 1870 - Auf 67
28026

Hermann Ulbicht, Bahnholzstraße 1
Feine Fleisch- und Wurstwaren
28025

Buch-, Papier u. Galanteriewaren-Handlung
Georg Forbrig, Bahnholzstraße 14
28024

H. Schackert, Bahnholzstraße 8a
Linoleum, Wachstüche, Tapeten
28024

KLOTZSCHE HELLRAU

**Holz, Kohlen
Koks und Briketts**
Emil Philipp
Königstraße 12, 28024

Achtung! Genosse!
Traktoren, Autome, Spülmaschinen, Stromer, Zähne und Zahn-entnahmen
Büro für den Bau und Betrieb der sozialen Arbeit
28024

WEINBOHLA

Lindengarten
Friedrich-Ludwig-Str. 2, 28024

Max Lotzmann
H. Fleisch- und Wurstwaren
Hechtstraße 28025

DRESDEN-PIESCHEN

Lebensmittelhaus WILLY STARKE
Leisniger Platz - 6 Prozent Rabatt
28079

Spezial-Bäckerei Otto Borgmann
Moltkestr. 53
28078

Donigfuchschenbäckerei Brat Schäfer
Rehefelder Straße 12, empfiehlt sich zu Lieferungen für Vereinsfeierlichkeiten
28040

Hirsch - Drogerie
Arno Oppelt, Torgauer Straße 18
Sämeraden, Vierkawinet, Park, Photo-Artik.
28024

Blaenwaren, Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte
Gebr. Strebel, Konkordienstraße 32
28006

Gabellation feiner Fleisch- und Durstwaren mit Motorbetrieb
Paul Nicolans, Konfektionsdienst 27
28067

Gustav Maase, Bürgerstraße 39
Filiale: Mohrenstr. 18 - Telefon 50181
Kolonialwaren, Konserve
& Frische-Käseff.
28006

Schuhwarenhaus Joseph Kleine
Konkordienstr. 52, Ecke Torgauer Str.
28044

Holz, Kohlen, Briketts Hermann Schubert
Alt-Pieschen 4
28041

Alfred Blenert, Leipziger Str. 10
Zigarrenfabrik
Direkter Verkauf an Verbraucher
28107

Damen-Strifflerlalon Rau
Leipziger Straße 33
Damenkopftuch und -pflege
28108

Barbier-Photographen, seit
einem Debüt in Dresdner Insel +
Eltern-Drogerie, Leipziger Straße 22
28110

Optiker Dräuer
Strandklopfenlieferant
Konfektionsdienst
28065

RADEBEUL

V. Dolcowski, seine Maßschneiderel
Lager moderner Stoffe, Bahnhofstraße 2
28046

Bäckerei, Conditorei u. Gastr Richard Fehnke
Zehn Bahnhof- und Postbahnhofstraße
28046

Autoböhm
28447

Spezialgeschäft für Lederwaren
Max Schumann, Bahnholzstraße 25
28048

Alfred Richter, Photograph
Bahnhofstraße 25
28448

Arthur Gneuß, Bahnholzstraße 29
Weine, Spirituosen, Delikatessen
28049

MAX LÄMPKE, Bahnholzstraße 9
Buch- und Musikalienhandlung
Papier- und Musikwaren
28041

Max Wähnert
(verm. Franz Röthe)
Sidenienstraße 2

Möbeltransport, Spedition Kohlen
28040

Magdi. Reineck, Sidenienstraße 3
Haarpflege-Institut, Parfümerie
28043

J. Diederichs, Sidenienstraße 1
Zigaretten-Spezial-Geschäft
28040

Bernhard Bieber, Lutherstraße 1
Haus- & Küchengeräte u. Spielwaren
28046

Richard Weisburg, Leipziger Straße 84
Tischler- und Polstermöbel
28047

Lina Hoffmann, Bahnholzstraße 4
Lebensmittel und Getränke
28048

Kurt Hocke, Bahnholzstraße 21
Fachgeschäft
L. Solinger Stahlwaren, Schleiferel
28047

NEUSÖHNNEWITZ I. Sa.

Hermann Huhle, Försterstraße 10
Metall- und Landesprodukte
28040